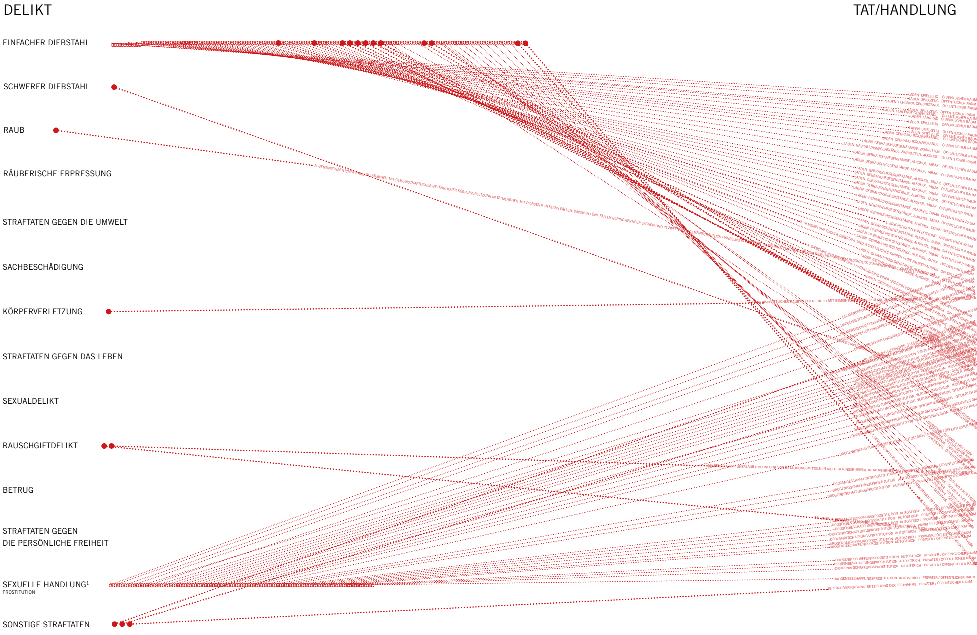
OUTCAST REGISTRATION



DELIKT

TAT/HANDLUNG

EINFACHER DIEBSTAHL

SCHWERER DIEBSTAHL

RAUB

RÄUBERISCHE ERPRESSUNG

STRAFTATEN GEGEN DIE UMWELT

SACHBESCHÄDIGUNG

KÖRPERVERLETZUNG

STRAFTATEN GEGEN DAS LEBEN

SEXUALDELIKT

RAUSCHGIFTDELIKT

BETRUG

STRAFTATEN GEGEN
DIE PERSÖNLICHE FREIHEIT

SEXUELLE HANDLUNG[1]
PROSTITUTION

SONSTIGE STRAFTATEN

[1] SEXUELLE HANDLUNG

Der Begriff der sexuellen Handlung ist ein zentraler Begriff des deutschen Sexualstrafrechts. Der Begriff wurde durch das 4. Strafrechtsreformgesetz, mit dem das Sexualstrafrecht umfassend geändert wurde, an Stelle des bis dahin weithin verwandten Begriffs der Unzucht eingeführt, um eine wertneutralere und dadurch auch deutlicher konturierte Formulierung zu verwenden.

Das Strafgesetzbuch enthält in § 184h nur scheinbar eine Legaldefinition, weil dort nicht definiert wird, was eine sexuelle Handlung ist, sondern lediglich dargelegt wird, dass sexuelle Handlungen im Sinne des Gesetzes nur solche seien, die in Bezug auf das geschützte Rechtsgut von einiger Erheblichkeit sind (§ 184h Nr. 1 STGB) und sexuelle Handlungen vor einem anderen nur solche, die vor einem anderen vorgenommen werden und deren Vorgang von diesem auch wahrgenommen wird.
(§ 184h Nr. 2 StGB).

VERBRECHEN UND VERGEHEN

Verbrechen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht sind.

Vergehen sind rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit einer geringeren Freiheitsstrafe oder die mit Geldstrafe bedroht sind.

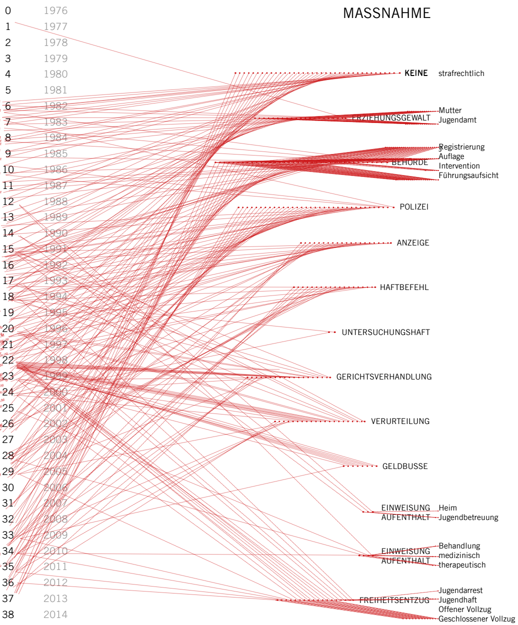
Schärfungen oder Milderungen, die nach den Vorschriften für besonders schwere oder minder schwere Fälle vorgesehen sind, bleiben für die Einteilung außer Betracht.

(Strafgesetzbuch Allgemeiner Teil)

●······· ein Tatbestand, der zur öffentlichen Anzeige geführt hat

○○○○○ unbestimmte Anzahl gleicher Tatbestände

STRAFTATBESTÄNDE REBECCA MERTENS [1976,DE]



1.
16.01.1991 STAATSANWALTSCHAFT BIELEFELD
R2100S 55 JS 908/91
Tatbezeichnung: ERSCHLEICHEN VON LEISTUNG
Datum der (letzten) Tat: 25.02.1991
Angewendete Vorschriften: STGB § 265A ABS.1, § 248A
Von der Verfolgung abgesehen nach § 45 Abs.2 JGG
- Eintragung im Erziehungsregister, nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

2.
06.05.1993 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 34 DS 20 JS 8958/93 (III 226/93)
Rechtskräftig seit 06.05.1993
Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER DIEBSTAHL UND FERNER VORSÄTZLICHES FAHREN OHNE FAHRERLAUBNIS
Datum der (letzten) Tat: 09.11.1992
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 25 ABS.2, § 53, STVG § 21 ABS.1 NR.1, JGG § 1, § 3, § 10
Richterliche Weisung
Jugendarrest wegen Zuwiderhandlung gegen Auflagen 3W
- Eintragung im Erziehungsregister, nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

04.07.1994 Haftbefehl Amtsgericht Osnabrück
05.07.1994 Untersuchungshaft

3.
11.10.1994 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 34 LS 13 JS 22758/94 (III 558/94)
Rechtskräftig seit 19.10.1994
Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER RAUB IN TATEINHEIT MIT GEMEINSCHAFTLICHER GEFÄHRLICHER KÖRPERVERLETZUNG IN TATMEHRHEIT MIT DIEBSTAHL IN SECHS FÄLLEN, DAVON IN FÜNF FÄLLEN GERINGWERTIGER SACHEN UND IN ZWEI FÄLLEN GEMEINSCHAFTLICH HANDELND IN WEITERER TATMEHRHEIT MIT BEIHILFE ZUM DIEBSTAHL IN EINEM BESONDERS SCHWEREN FALL
Datum der (letzten) Tat: 30.06.1994
Angewendete Vorschriften: STGB § 223 ABS.1, § 223a ABS.1, § 242 ABS.1, § 243 ABS.1 SATZ 2 NR.1, § 248A, § 249 ABS.1, § 25 ABS.2 § 27 ABS.1, JGG § 1, § 17, § 18, § 105
1 Jahr 8 Monate Jugendstrafe
Vollstreckung des Restes der Jugendstrafe zurückgestellt bis 01.08.1996
Zurückgestellt durch Entscheidung vom 30.01.1995+5 VRJS 130/94+P3212
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen

4.
07.02.1996 AMTSGERICHT VECHTA
P3212 9 LS 204 JS 33594/95 (SCH 2/95)
Rechtskräftig seit 07.02.1996
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL IN 2 FÄLLEN UND ERSCHLEICHUNG EINER LEISTUNG VON GERINGEM WERT
Datum der (letzten) Tat: 23.05.1995
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A, § 265A ABS.1, § 21, § 53, JGG § 1, § 105
2 Jahre Jugendstrafe
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 11.10.1994+34 LS JS
22758/94+P3313+ AMTSGERICHT OSNABRÜCK

5.
04.09.1996 AMTSGERICHT VECHTA
P3212 9 LS 204 JS 48682/95 (SCH 2/96) HW
Rechtskräftig seit 12.09.1996
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL IN 2 FÄLLEN
Datum der (letzten) Tat: 29.09.1995
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 53, JGG § 1, § 105
2 Jahre 3 Monate Jugendstrafe
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 07.02.1996+9 LS 204 JS 33594/95 (SCH 2/95) + P3212+AG VECHTA
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 11.10.1994+34 LS JS 22758/94+P3313+AG OSNABRÜCK
Rest der Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt bis 28.02.1999
Ausgesetzt durch: 05.02.1997+5 VRJS 122/96+P3212
Bewährungshelfer bestellt
Strafaussetzung widerrufen
Strafvollstreckung erledigt am 22.09.1998

6.
28.04.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 29 JS 7954/98 (VRS)
Rechtskräftig seit 30.05.1998
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 21.011998
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A
20 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

7.
13.05.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 29 JS 14289/98 (VRS)
Rechtskräftig seit 03.06.1998
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 17.02.1998
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A
40 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

8.
18.05.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 CS 29 JS 15858/98 (VRS)
Rechtskräftig seit 12.06.1998
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 19.02.1998
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1
60 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

9.
08.06.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 17 DS 2 JS 44448/97 (38 VRS)
Rechtskräftig seit 16.06.1998
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 05.09.1997
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1
3 Monate Freiheitsstrafe
Strafvollstreckung erledigt am 21.12.1998
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

10.
08.07.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 18 CS 29 JS 16704/98 (VRS)
Rechtskräftig seit 22.02.1998
Tatbezeichnung: VORSÄTZLICHES FAHREN OHNE FAHRERLAUBNIS
Datum der (letzten) Tat: 05.09.1997
Angewendete Vorschriften: STVG § 21 ABS. NR.1
30 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

11.
03.08.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 CS 29 JS 14289/98 (VRS)
Rechtskräftig seit 15.08.1998
55 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Nachträglich durch Beschluss gebildete Gesamtstrafe
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 13.05.1998+2 CS 29 JS 14289/98 (VRS)
+P3313+AG OSNABRÜCK
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 28.04.1998+2 CS 29 JS 7954/98 (VRS)
+P3313+AG OSNABRÜCK
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

12.
03.12.1998 AMTSGERICHT HANNOVER
P2305 244 CS 687B JS 83559/98 618 VRS
Rechtskräftig seit 15.01.1999
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL GERINGWERTIGER SACHEN
Datum der (letzten) Tat: 17.10.1998
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A
50 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

13.
23.12.1999 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 DS 2 JS 29446/99 (38 VRS)
Rechtskräftig seit 29.06.2000
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 03.08.1999
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1
90 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

14.
06.01.2000 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 3 LS 2 JS 37071/99 (63 VRS)
Rechtskräftig seit 08.05.2000
Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER QUALIFIZIERTER RÄUBERISCHER DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 05.10.1999
Angewendete Vorschriften: STGB § 252, § 250 ABS.1 NR.1B,
§ 21, § 25 ABS. 2
3 Jahre Freiheitsstrafe
Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit (gesetzlich eingetretene Nebenfolge nach § 45 Abs.1 StGB
Vollstreckung des Restes der Freiheitsstrafe zurückgestellt bis 30.11.2001
Zurückgestellt durch Entscheidung vom 24.11.2000+2 JS 37071/00 (63 VRS)
+P3300S=STA OSNABRÜCK
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen
Vollstreckung des Restes der Freiheitsstrafe zurückgestellt bis 31.03.2003
Zurückgestellt durch Entscheidung vom 19.02.2002+666 JS 37071/99 VRS+P3300S+STA OSNABRÜCK
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen
Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit bis 11.04.2008
Strafvollstreckung erledigt am 11.04.2003

15.
08.11.2005 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 236 LS 163/05 602 JS 18530/05
Rechtskräftig seit 23.12.2005
Tatbezeichnung: BEIHILFE ZUR UNERLAUBTEN EINFUHR VON BETÄUBUNGSMITTELN IN NICHT GERINGER MENGE IN TATMEHRHEIT MIT DIEBSTAHL IN 3 FÄLLEN
Datum der (letzten) Tat: 08.09.2005
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 27, § 53, BTMG § 1, § 3, § 30 ABS.1 NR. 4
2 Jahre Freiheitsstrafe
Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit (gesetzlich eingetretene Nebenfolge nach § 45 Abs.1 STGB)
Verbot der Beschäftigung, Beaufsichtigung, Anweisung und Ausbildung Jugendlicher (gesetzlich eingetretene Nebenfolge nach § 25 JARBSCHG)
Vollstreckung der Freiheitsstrafe zurückgestellt bis 31.01.2008
Zurückgestellt durch Entscheidung vom 19.01.2006+236 LS 163/05 602 JS 18530/05+P3313+ AG OSNABRÜCK
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen
Vollstreckung des Restes der Freiheitsstrafe zurückgestellt bis 30.05.2007
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen
Vollstreckung des Restes der Freiheitsstrafe zurückgestellt bis 20.03.2009
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen
Vollstreckung des Restes der Freiheitsstrafe zurückgestellt bis 27.02.2009
Zurückstellung der Vollstreckung widerrufen
Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit bis 10.03.2014
Strafvollstreckung erledigt am 10.03.2009
Führungsaufsicht nach vollständiger Verbüßung der Strafe bis 10.03.2014
Dauer der nach § 68f STGB eingetretene Führungsaufsicht geändert; Fristende 02.06.2014

16.
29.09.2009 AMTSGERICHT VECHTA
P3212 3 DS 840 JS 17415/09 (134/09)
Rechtskräftig seit 21.10.2009
Tatbezeichnung: UNERLAUBTER BESITZ VON BETÄUBUNGSMITTELN
Datum der (letzten) Tat: 14.12.2008
Angewendete Vorschriften: BTMG § 3 ABS.1, § 29 ABS.1 NR. 3
30 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Einziehung
Verbot der Beschäftigung, Beaufsichtigung, Anweisung und Ausbildung Jugendlicher (gesetzlich eingetretene Nebenfolge nach § 25 JARBSCHG)

ANGEWENDETE VORSCHRIFTEN

17.
18.10.2010 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 222 DS 781/10 602 JS 21919/10
Rechtskräftig seit 03.06.2011
Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER DIEBSTAHL IN TATMEHRHEIT MIT DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 07.08.2010
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A, § 25 ABS.2, § 53, § 56, § 56D, BZRG § 17 ABS. 2
2 Monate Freiheitsstrafe
Bewährungszeit 3 Jahre
Tat aufgrund Betäubungsmittelabhängigkeit begangen
Bewährungshelfer bestellt

18.
30.06.2011 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 213 DS 342/11 602 JS 18419/11
Rechtskräftig seit 16.12.2011
Tatbezeichnung: DIEBSTAHL IN 2 FÄLLEN
Datum der (letzten) Tat: 25.03.2011
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A, § 53, BZRG §17 ABS.2
5 Monate 2 Wochen Freiheitsstrafe
Tat aufgrund Betäubungsmittelabhängigkeit begangen

19.
05.01.2012 STAATSANWALTSCHAFT OSNABRÜCK
P3300S 602 JS 24157/11
Gesucht wegen STRAFVERFOLGUNG WEGEN FESTNAHME
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließlich der erweiterten) aufzunehmen -

1. 16.01.1991 STA BIELEFELD

Tatbezeichnung: ERSCHLEICHEN VON LEISTUNG
Von der Verfolgung abgesehen nach § 45 ABS.2 JGG
Angewendete Vorschriften: STGB § 265A ABS.1, § 248A

STGB § 265A ERSCHLEICHEN VON LEISTUNGEN (Nachfolgend die Fassung von 1976 – 1997)

(1) Wer die Leistung eines Automaten oder eines öffentlichen Zwecken dienenden Fernmeldenetzes, die Beförderung durch ein Verkehrsmittel oder den Zutritt zu einer Veranstaltung oder einer Einrichtung in der Absicht erschleicht, das Entgelt nicht zu entrichten, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.
(2) Der Versuch ist strafbar.
(3) Die §§ 247 und 248a gelten entsprechend.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der §§ 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

JGG § 45 ABSEHEN VON DER VERFOLGUNG

(1) Der Staatsanwalt kann ohne Zustimmung des Richters von der Verfolgung absehen, wenn die Voraussetzungen des § 153 der Strafprozeßordnung vorliegen.
(2) Der Staatsanwalt sieht von der Verfolgung ab, wenn eine erzieherische Maßnahme bereits durchgeführt oder eingeleitet ist und er weder eine Beteiligung des Richters nach Absatz 3 noch die Erhebung der Anklage für erforderlich hält. Einer erzieherischen Maßnahme steht das Bemühen des Jugendlichen gleich, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen.
(3) Der Staatsanwalt regt die Erteilung einer Ermahnung, von Weisungen nach § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4, 7 und 9 oder von Auflagen durch den Jugendrichter an, wenn der Beschuldigte geständig ist und der Staatsanwalt die Anordnung einer solchen richterlichen Maßnahme für erforderlich, die Erhebung der Anklage aber nicht für geboten hält. Entspricht der Jugendrichter der Anregung, so sieht der Staatsanwalt von der Verfolgung ab, bei Erteilung von Weisungen oder Auflagen jedoch nur, nachdem der Jugendliche ihnen nachgekommen ist. § 11 Abs. 3 und § 15 Abs. 3 Satz 2 sind nicht anzuwenden. § 47 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

2. 06.05.1993 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER DIEBSTAHL UND FERNER VORSÄTZLICHES FAHREN OHNE FAHRERLAUBNIS
Jugendarrest wegen Zuwiderhandlung gegen Auflagen 3W
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 25 ABS.2, § 53, STVG § 21 ABS.1 NR.1, JGG §1, § 3, § 10

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 25 TÄTERSCHAFT

(1) Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht.
(2) Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter).

STGB § 53 TATMEHRHEIT

(1) Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werden, und dadurch mehrere Freiheitsstrafen oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt.
(2) Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt. Jedoch kann das Gericht auf Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Geldstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.
(3) Hat der Täter nach dem Gesetz, nach welchem § 43a Anwendung findet, oder im Fall des § 52 Abs. 4 als Einzelstrafe eine lebenslange oder eine zeitige Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verwirkt, so kann das Gericht neben der nach Absatz 1 oder 2 zu bildenden Gesamtstrafe gesondert eine Vermögensstrafe verhängen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Vermögensstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtvermögensstrafe erkannt. § 43a Abs. 3 gilt entsprechend.
(4) § 52 Abs. 3 und 4 Satz 2 gilt sinngemäß.

STVG § 21 FAHREN OHNE FAHRERLAUBNIS

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
1. ein Kraftfahrzeug führt, obwohl er die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hat oder ihm das Führen des Fahrzeugs nach § 44 des Strafgesetzbuchs oder nach
§ 25 dieses Gesetzes verboten ist, oder
2. als Halter eines Kraftfahrzeugs anordnet oder zulässt, dass jemand das Fahrzeug führt, der die dazu erforderliche Fahrerlaubnis nicht hat oder dem das Führen des Fahrzeugs nach § 44 des Strafgesetzbuchs oder nach § 25 dieses Gesetzes verboten ist.
(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen wird bestraft, wer
1. eine Tat nach Absatz 1 fahrlässig begeht,
2. vorsätzlich oder fahrlässig ein Kraftfahrzeug führt, obwohl der vorgeschriebene Führerschein nach § 94 der Strafprozessordnung in Verwahrung genommen, sichergestellt oder beschlagnahmt ist, oder
3. vorsätzlich oder fahrlässig als Halter eines Kraftfahrzeugs anordnet oder zulässt, dass jemand das Fahrzeug führt, obwohl der vorgeschriebene Führerschein nach § 94 der Strafprozessordnung in Verwahrung genommen, sichergestellt oder beschlagnahmt ist.
(3) In den Fällen des Absatzes 1 kann das Kraftfahrzeug, auf das sich die Tat bezieht, eingezogen werden, wenn der Täter
1. das Fahrzeug geführt hat, obwohl ihm die Fahrerlaubnis entzogen oder das Führen des Fahrzeugs nach § 44 des Strafgesetzbuchs oder nach § 25 dieses Gesetzes verboten war oder obwohl eine Sperre nach § 69a Abs. 1 Satz 3 des Strafgesetzbuchs gegen ihn angeordnet war,
2. als Halter des Fahrzeugs angeordnet oder zugelassen hat, dass jemand das Fahrzeug führte, dem die Fahrerlaubnis entzogen oder das Führen des Fahrzeugs nach § 44 des Strafgesetzbuchs oder nach § 25 dieses Gesetzes verboten war oder gegen den eine Sperre nach § 69a Abs. 1 Satz 3 des Strafgesetzbuchs angeordnet war, oder
3. in den letzten drei Jahren vor der Tat schon einmal wegen einer Tat nach Absatz 1 verurteilt worden ist.

JGG § 1 PERSÖNLICHER UND SACHLICHER ANWENDUNGSBEREICH

(1) Dieses Gesetz gilt, wenn ein Jugendlicher oder ein Heranwachsender eine Verfehlung begeht, die nach den allgemeinen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.
(2) Jugendlicher ist, wer zur Zeit der Tat vierzehn, aber noch nicht achtzehn, Heranwachsender, wer zur Zeit der Tat achtzehn, aber noch nicht einundzwanzig Jahre alt ist.

JGG § 3 VERANTWORTLICHKEIT

Ein Jugendlicher ist strafrechtlich verantwortlich, wenn er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug ist, das Unrecht der Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln. Zur Erziehung eines Jugendlichen, der mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist, kann der Richter dieselben Maßnahmen anordnen wie das Familiengericht.

JGG § 10 WEISUNGEN

(1) Weisungen sind Gebote und Verbote, welche die Lebensführung des Jugendlichen regeln und dadurch seine Erziehung fördern und sichern sollen. Dabei dürfen an die Lebensführung des Jugendlichen keine unzumutbaren Anforderungen gestellt werden. Der Richter kann dem Jugendlichen insbesondere auferlegen,
1. Weisungen zu befolgen, die sich auf den Aufenthaltsort beziehen,
2. bei einer Familie oder in einem Heim zu wohnen,
3. eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle anzunehmen,
4. Arbeitsleistungen zu erbringen,
5. sich der Betreuung und Aufsicht einer bestimmten Person (Betreuungshelfer) zu unterstellen,
6. an einem sozialen Trainingskurs teilzunehmen,
7. sich zu bemühen, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen (Täter-Opfer-Ausgleich),
8. den Verkehr mit bestimmten Personen oder den Besuch von Gast- oder Vergnügungsstätten zu unterlassen oder
9. an einem Verkehrsunterricht teilzunehmen.
(2) Der Richter kann dem Jugendlichen auch mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten und des gesetzlichen Vertreters auferlegen, sich einer heilerzieherischen Behandlung durch einen Sachverständigen oder einer Entziehungskur zu unterziehen. Hat der Jugendliche das sechzehnte Lebensjahr vollendet, so soll dies nur mit seinem Einverständnis geschehen.

3. 11.10.1994 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER RAUB IN TATEINHEIT MIT GEMEINSCHAFTLICHER GEFÄHRLICHER KÖRPERVERLETZUNG IN TATMEHRHEIT MIT DIEBSTAHL IN SECHS FÄLLEN, DAVON IN FÜNF FÄLLEN GERINGWERTIGER SACHEN UND IN ZWEI FÄLLEN GEMEINSCHAFTLICH HANDELND IN WEITERER TATMEHRHEIT MIT BEIHILFE ZUM DIEBSTAHL IN EINEM BESONDERS SCHWEREN FALL
1 Jahr 8 Monate Jugendstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 223 ABS.1, § 223a ABS.1, § 242 ABS.1, § 243 ABS.1 SATZ 2 NR.1, § 248A, § 249 ABS.1, § 25 ABS.2 § 27 ABS.1, JGG § 1, §17, § 18, § 105

STGB § 223 KÖRPERVERLETZUNG

(1) Wer einen Anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Ist die Handlung gegen Verwandte aufsteigender Linie begangen, so ist auf Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder auf Geldstrafe zu erkennen.

STGB § 223A GEFÄHRLICHE KÖRPERVERLETZUNG

(1) Ist die Körperverletzung mittels einer Waffe, insbesondere eines Messers oder eines anderen gefährlichen Werkzeuges, oder mittels eines hinterlistigen Überfalls, oder von Mehreren gemeinschaftlich, oder mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung begangen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.
(2) Der Versuch ist strafbar

STGB § 242 ABS.1 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 243 BESONDERS SCHWERER FALL DES DIEBSTAHLS

(1) [1] In besonders schweren Fällen wird der Diebstahl mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. [2] Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
1. zur Ausführung der Tat in ein Gebäude, eine Wohnung, einen Dienst- oder Geschäftsraum oder in einen anderen umschlossenen Raum einbricht, einsteigt, mit einem falschen Schlüssel oder einem anderen nicht zur ordnungsmäßigen Öffnung bestimmten Werkzeug eindringt oder sich in dem Raum verborgen hält,
2. eine Sache stiehlt, die durch ein verschlossenes Behältnis oder eine andere Schutzvorrichtung gegen Wegnahme besonders gesichert ist,
3. gewerbsmäßig stiehlt,
4. aus einer Kirche oder einem anderen der Religionsausübung dienenden Gebäude oder Raum eine Sache stiehlt, die dem Gottesdienst gewidmet ist oder der religiösen Verehrung dient,
5. eine Sache von Bedeutung für Wissenschaft, Kunst oder Geschichte oder für die technische Entwicklung stiehlt, die sich in einer allgemein zugänglichen Sammlung befindet oder öffentlich ausgestellt ist,
6. stiehlt, indem er die Hilflosigkeit eines anderen, einen Unglücksfall oder eine gemeine Gefahr ausnutzt oder
7. eine Handfeuerwaffe, zu deren Erwerb es nach dem Waffengesetz der Erlaubnis bedarf, ein Maschinengewehr, eine Maschinenpistole, ein voll- oder halbautomatisches Gewehr oder eine Sprengstoff enthaltende Kriegswaffe im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes oder Sprengstoff stiehlt.
(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 6 ist ein besonders schwerer Fall ausgeschlossen, wenn sich die Tat auf eine geringwertige Sache bezieht.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERT

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fä
Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonc
Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

STGB § 249 ABS.1 RAUB

(1) Wer mit Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen m
Leben eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt,
wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.
(2) In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten

STGB § 27 BEIHILFE

(1) Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlic
geleistet hat.
(2) Die Strafe für den Gehilfen richtet sich nach der Strafdrohung für den Täter

JGG § 17 FORM UND VORAUSSETZUNGEN

(1) Die Jugendstrafe ist Freiheitsentzug in einer für ihren Vollzug vorgesehenen
(2) Der Richter verhängt Jugendstrafe, wenn wegen der schädlichen Neigungen
hervorgetreten sind, Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmittel zur Erziehung nicht
Schwere der Schuld Strafe erforderlich ist.

JGG § 18 DAUER DER JUGENDSTRAFE

(1) Das Mindestmaß der Jugendstrafe beträgt sechs Monate, das Höchstmaß fü
ein Verbrechen, für das nach dem allgemeinen Strafrecht eine Höchststrafe vor
angedroht ist, so ist das Höchstmaß zehn Jahre. Die Strafrahmen des allgemein
(2) Die Jugendstrafe ist so zu bemessen, daß die erforderliche erzieherische Ei

JGG § 105 ANWENDUNG DES JUGENDSTRAFRECHTS AUF HERAN

(1) Begeht ein Heranwachsender eine Verfehlung, die nach den allgemeinen Vo
wendet der Richter die für einen Jugendlichen geltenden Vorschriften der §§ 4
entsprechend an, wenn
1. die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters bei Berücksichtigung au
er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem
2. es sich nach der Art, den Umständen oder den Beweggründen der Tat um ei
(2) § 31 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 ist auch dann anzuwenden, wenn der Heranwac
bereits rechtskräftig nach allgemeinem Strafrecht verurteilt worden ist.
(3) Das Höchstmaß der Jugendstrafe für Heranwachsende beträgt zehn Jahre. H
reicht das Höchstmaß nach Satz 1 wegen der besonderen Schwere der Schuld
15 Jahre.

4. 07.02.1996 AMTSGERICHT VECHTA

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL IN 2 FÄLLEN UND ERSCHLEICHUNG EINER LE
2 Jahre Jugendstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A, § 265A ABS.1, § 21,

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimm
wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 265A ERSCHLEICHEN VON LEISTUNGEN

(1) Wer die Leistung eines Automaten oder eines öffentlichen Zwecken dienen
durch ein Verkehrsmittel oder den Zutritt zu einer Veranstaltung oder einer Einr
Entgelt nicht zu entrichten, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit
in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.
(2) Der Versuch ist strafbar.
(3) Die §§ 247 und 248a gelten entsprechend.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERT

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fä
Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonc
Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

STGB § 21 VERMINDERTE SCHULDFÄHIGKEIT

Ist die Fähigkeit des Täters, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser E
§ 20 bezeichneten Gründe bei Begehung der Tat erheblich vermindert, so kann
werden.

STGB § 53 TATMEHRHEIT

(1) Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werde
oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt.
(2) Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird auf eine Gesamtstra
Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Stra
so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.
(3) Hat der Täter nach dem Gesetz, nach welchem § 43a Anwendung findet, od
Einzelstrafe eine lebenslange oder eine zeitige Freiheitsstrafe von mehr als zwe
neben der nach Absatz 1 oder 2 zu bildenden Gesamtstrafe gesondert eine Ver
Fällen wegen mehrerer Straftaten Vermögensstrafe verhängt werden, so wird ins
erkannt. § 43a Abs. 3 gilt entsprechend.
(4) § 52 Abs. 3 und 4 Satz 2 gilt entsprechend.

IGER SACHEN
llen der §§ 242 und 246 nur auf
deren öffentlichen Interesses an der

it gegenwärtiger Gefahr für Leib oder
, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen,

bis zu fünf Jahren.

ch begangener rechtswidriger Tat Hilfe

. Sie ist nach § 49 Abs. 1 zu mildern.

Einrichtung.
des Jugendlichen, die in der Tat
ausreichen oder wenn wegen der

nf Jahre. Handelt es sich bei der Tat um
mehr als zehn Jahren Freiheitsstrafe
hen Strafrechts gelten nicht.
hwirkung möglich ist.

WACHSENDE
rschriften mit Strafe bedroht ist, so
bis 8, 9 Nr. 1, §§ 10, 11 und 13 bis 32

ch der Umweltbedingungen ergibt, daß
Jugendlichen gleichstand, oder
ne Jugendverfehlung handelt.
nsende wegen eines Teils der Straftaten

Handelt es sich bei der Tat um Mord und
nicht aus, so ist das Höchstmaß

ISTUNG VON GERINGEM WERT

§ 53, JGG § 1, § 105

t, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen,

den Fernmeldenetzes, die Beförderung
ichtung in der Absicht erschleicht, das
Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht

IGER SACHEN
llen der §§ 242 und 246 nur auf
deren öffentlichen Interesses an der

Einsicht zu handeln, aus einem der in
die Strafe nach § 49 Abs. 1 gemildert

en, und dadurch mehrere Freiheitsstrafen

fe erkannt. Jedoch kann das Gericht auf
ftaten Geldstrafe verhängt werden,

der im Fall des § 52 Abs. 4 als
i Jahren verwirkt, so kann das Gericht
mögensstrafe verhängen; soll in diesen
soweit auf eine Gesamtvermögensstrafe

5. 04.09.1996 AG VECHTA

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL IN 2 FÄLLEN
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 53, JGG § 1, § 105

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 53 TATMEHRHEIT

(1) Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werden, und dadurch mehrere Freiheitsstrafen oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt.
(2) Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt. Jedoch kann das Gericht auf Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Geldstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.
(3) Hat der Täter nach dem Gesetz, nach welchem § 43a Anwendung findet, oder im Fall des § 52 Abs. 4 als Einzelstrafe eine lebenslange oder eine zeitige Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verwirkt, so kann das Gericht neben der nach Absatz 1 oder 2 zu bildenden Gesamtstrafe gesondert eine Vermögensstrafe verhängen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Vermögensstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtvermögensstrafe erkannt. § 43a Abs. 3 gilt entsprechend.
(4) § 52 Abs. 3 und 4 Satz 2 gilt sinngemäß.

JGG § 1 PERSÖNLICHER UND SACHLICHER ANWENDUNGSBEREICH

(1) Dieses Gesetz gilt, wenn ein Jugendlicher oder ein Heranwachsender eine Verfehlung begeht, die nach den allgemeinen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.
(2) Jugendlicher ist, wer zur Zeit der Tat vierzehn, aber noch nicht achtzehn, Heranwachsender, wer zur Zeit der Tat achtzehn, aber noch nicht einundzwanzig Jahre alt ist.

JGG § 105 ANWENDUNG DES JUGENDSTRAFRECHTS AUF HERANWACHSENDE

(1) Begeht ein Heranwachsender eine Verfehlung, die nach den allgemeinen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, so wendet der Richter die für einen Jugendlichen geltenden Vorschriften der §§ 4 bis 8, 9 Nr. 1, §§ 10, 11 und 13 bis 32 entsprechend an, wenn
1. die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters bei Berücksichtigung auch der Umweltbedingungen ergibt, daß er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand, oder
2. es sich nach der Art, den Umständen oder den Beweggründen der Tat um eine Jugendverfehlung handelt.
(2) § 31 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 ist auch dann anzuwenden, wenn der Heranwachsende wegen eines Teils der Straftaten bereits rechtskräftig nach allgemeinem Strafrecht verurteilt worden ist.
(3) Das Höchstmaß der Jugendstrafe für Heranwachsende beträgt zehn Jahre. Handelt es sich bei der Tat um Mord und reicht das Höchstmaß nach Satz 1 wegen der besonderen Schwere der Schuld nicht aus, so ist das Höchstmaß 15 Jahre.

6. 28.04.1998 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
20 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der §§ 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

7. 13.05.1998 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
40 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der §§ 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

8. 18.05.1998 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 19.02.1998
60 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

9. 08.06.1998 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
Datum der (letzten) Tat: 05.09.1997
3 Monate Freiheitsstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

10. 08.07.1998 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: VORSÄTZLICHES FAHREN OHNE FAHRERLAUBNIS
30 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 2, § 21 ABS. NR.1

STGB § 2 ZEITLICHE GELTUNG

(1) Die Strafe und ihre Nebenfolgen bestimmen sich nach dem Gesetz, das zur Zeit der Tat gilt.
(2) Wird die Strafdrohung während der Begehung der Tat geändert, so ist das Gesetz anzuwenden, das bei Beendigung der Tat gilt.
(3) Wird das Gesetz, das bei Beendigung der Tat gilt, vor der Entscheidung geändert, so ist das mildeste Gesetz anzuwenden.
(4) Ein Gesetz, das nur für eine bestimmte Zeit gelten soll, ist auf Taten, die während seiner Geltung begangen sind, auch dann anzuwenden, wenn es außer Kraft getreten ist. Dies gilt nicht, soweit ein Gesetz etwas anderes bestimmt.
(5) Für Verfall, Einziehung und Unbrauchbarmachung gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.
(6) Über Maßregeln der Besserung und Sicherung ist, wenn gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nach dem Gesetz zu entscheiden, das zur Zeit der Entscheidung gilt.

11. 03.08.1998 AG OSNABRÜCK

55 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Nachträglich durch Beschluss gebildete Gesamtstrafe
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 13.05.1998+2 CS 29 JS 14289/98 (VRS)
+P3313+AG OSNABRÜCK
Einbezogen wurde die Entscheidung vom 28.04.1998+2 CS 29 JS 7954/98 (VRS)
+P3313+AG OSNABRÜCK

12. 03.12.1998 AG HANNOVER

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL GERINGWERTIGER SACHEN
50 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS,1, § 248A

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der §§ 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

13. 23.12.1999 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL
90 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

14. 06.01.2000 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER QUALIFIZIERTER RÄUBERISCHER DIEBSTAHL
3 Jahre Freiheitsstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 252, § 250 ABS.1 NR.1B

STGB § 252 RÄUBERISCHER DIEBSTAHL

Wer, bei einem Diebstahl auf frischer Tat betroffen, gegen eine Person Gewalt verübt oder Dro
Gefahr für Leib oder Leben anwendet, um sich im Besitz des gestohlenen Gutes zu erhalten,
bestrafen.

STGB § 250 SCHWERER RAUB

(1) Auf Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren ist zu erkennen, wenn
1. der Täter oder ein anderer Beteiligter am Raub
a) eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt,
b sonst ein Werkzeug oder Mittel bei sich führt, um den Widerstand einer anderen Person du
Gewalt zu verhindern oder zu überwinden,
c) eine andere Person durch die Tat in die Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung bri
2. der Täter den Raub als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung von Rau
hat, unter Mitwirkung eines anderen Bandenmitglieds begeht.
(2) Auf Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren ist zu erkennen, wenn der Täter oder ein ander
1. bei der Tat eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug verwendet,
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 eine Waffe bei sich führt oder
3. eine andere Person
a) bei der Tat körperlich schwer mißhandelt oder
b) durch die Tat in die Gefahr des Todes bringt.
(3) In minder schweren Fällen der Absätze 1 und 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem J

STGB § 21 VERMINDERTE SCHULDFÄHIGKEIT

Ist die Fähigkeit des Täters, das Unrecht der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu han
bezeichneten Gründe bei Begehung der Tat erheblich vermindert, so kann die Strafe nach § 4

STGB § 25 TÄTERSCHAFT

(1) Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht.
(2) Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter)

15. 08.11.2005 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: BEIHILFE ZUR UNERLAUBTEN EINFUHR VON BETÄUBUNGSMITTELN IN
IN TATMEHRHEIT MIT DIEBSTAHL IN 3 FÄLLEN
2 Jahre Freiheitsstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 27, § 53, BTMG § 1, § 3, § 30 ABS.1 NR.

BTMG § 1 BETÄUBUNGSMITTEL

(1) Betäubungsmittel im Sinne dieses Gesetzes sind die in den Anlagen I bis III aufgeführten
(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, nach Anhörung von Sachverständigen durch Rechts
des Bundesrates die Anlagen I bis III zu ändern oder zu ergänzen, wenn dies
1. nach wissenschaftlicher Erkenntnis wegen der Wirkungsweise eines Stoffes, vor allem im H
einer Abhängigkeit,
2. wegen der Möglichkeit, aus einem Stoff oder unter Verwendung eines Stoffes Betäubungsm
oder
3. zur Sicherheit oder zur Kontrolle des Verkehrs mit Betäubungsmitteln oder anderen Stoffen
wegen des Ausmaßes der mißbräuchlichen Verwendung und wegen der unmittelbaren oder m
der Gesundheit erforderlich ist. In der Rechtsverordnung nach Satz 1 können einzelne Stoffe
oder teilweise von der Anwendung dieses Gesetzes oder einer auf Grund dieses Gesetzes erlas
ausgenommen werden, soweit die Sicherheit und die Kontrolle des Betäubungsmittelverkehrs
(3) Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wird ermächtigt, in dringen
oder zur Kontrolle des Betäubungsmittelverkehrs durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung
Zubereitungen, die nicht Arzneimittel sind, in die Anlagen I bis III aufzunehmen, wenn dies w
mißbräuchlichen Verwendung und wegen der unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der
Eine auf der Grundlage dieser Vorschrift erlassene Verordnung tritt nach Ablauf eines Jahres
(4) Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Bundesministerium) wird
Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Anlagen I bis III oder die auf Grund
Rechtsverordnungen zu ändern, soweit das auf Grund von Änderungen der Anhänge zu dem E
von 1961 über Suchtstoffe in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1977 (BGBl
Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477) (Internationale
in ihrer jeweils für die Bundesrepublik Deutschland verbindlichen Fassung erforderlich ist.

BTMG § 3 ERLAUBNIS ZUM VERKEHR MIT BETÄUBUNGSMITTELN

(1) Einer Erlaubnis des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte bedarf, wer
1. Betäubungsmittel anbauen, herstellen, mit ihnen Handel treiben, sie, ohne mit ihnen Han
ausführen, abgeben, veräußern, sonst in den Verkehr bringen, erwerben oder
2. ausgenommene Zubereitungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 3) herstellen will.
(2) Eine Erlaubnis für die in Anlage I bezeichneten Betäubungsmittel kann das Bundesinstitu
Medizinprodukte nur ausnahmsweise zu wissenschaftlichen oder anderen im öffentlichen Inte
erteilen.

BTMG § 30 ABS.1 NR. 4 STRAFTATEN

(1) Mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren wird bestraft, wer
4. Betäubungsmittel in nicht geringer Menge ohne Erlaubnis nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 einführt.

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache s
rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestr
(2) Der Versuch ist strafbar.

ohungen mit gegenwärtiger
ist gleich einem Räuber zu

rch Gewalt oder Drohung mit

ngt oder
b oder Diebstahl verbunden

rer Beteiligter am Raub

ahr bis zu zehn Jahren.

ndeln, aus einem der in § 20
49 Abs. 1 gemildert werden.

.

N NICHT GERINGER MENGE

4

n Stoffe und Zubereitungen.
sverordnung mit Zustimmung

Hinblick auf das Hervorrufen

mittel herstellen zu können,

n oder Zubereitungen
ittelbaren Gefährdung
oder Zubereitungen ganz
ssenen Rechtsverordnung
s gewährleistet bleiben.
nden Fällen zur Sicherheit
des Bundesrates Stoffe und
wegen des Ausmaßes der
Gesundheit erforderlich ist.
außer Kraft.
ermächtigt, durch
d dieses Gesetzes erlassenen
Einheits-Übereinkommen
l. II S. 111) und dem
Suchtstoffübereinkommen)

del zu treiben, einführen,

ut für Arzneimittel und
eresse liegenden Zwecken

ich oder einem Dritten
aft.

STGB § 27 BEIHILFE

(1) Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat.
(2) 1. Die Strafe für den Gehilfen richtet sich nach der Strafdrohung für den Täter. 2. Sie ist nach § 49 Abs. 1 zu mildern.

STGB § 53 TATMEHRHEIT

(1) Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werden, und dadurch mehrere Freiheitsstrafen oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt.
(2) 1. Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt. 2. Jedoch kann das Gericht auf Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Geldstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.
(3) 1. Hat der Täter nach dem Gesetz, nach welchem § 43a Anwendung findet, oder im Fall des § 52 Abs. 4 als Einzelstrafe eine lebenslange oder eine zeitige Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verwirkt, so kann das Gericht neben der nach Absatz 1 oder 2 zu bildenden Gesamtstrafe gesondert eine Vermögensstrafe verhängen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Vermögensstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtvermögensstrafe erkannt. 2. § 43a Abs. 3 gilt entsprechend.
(4) § 52 Abs. 3 und 4 Satz 2 gilt sinngemäß.

16. 29.09.2009 AG VECHTA

Tatbezeichnung: UNERLAUBTER BESITZ VON BETÄUBUNGSMITTELN
Angewendete Vorschriften: BTMG § 29 ABS.1 NR.3, § 3 ABS.1
30 Tagessätze zu je 10 DM Geldstrafe
Einziehung
Verbot der Beschäftigung, Beaufsichtigung, Anweisung und Ausbildung Jugendlicher (gesetzlich eingetretene Nebenfolge nach § 25 JARBSCHG)

BTMG § 29 STRAFTATEN

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
1. Betäubungsmittel unerlaubt anbaut, herstellt, mit ihnen Handel treibt, sie, ohne Handel zu treiben, einführt, ausführt, veräußert, abgibt, sonst in den Verkehr bringt, erwirbt oder sich in sonstiger Weise verschafft,
2. eine ausgenommene Zubereitung (§ 2 Abs. 1 Nr. 3) ohne Erlaubnis nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 herstellt,
3. Betäubungsmittel besitzt, ohne zugleich im Besitz einer schriftlichen Erlaubnis für den Erwerb zu sein,
4. (weggefallen)
5. entgegen § 11 Abs. 1 Satz 2 Betäubungsmittel durchführt,
6. entgegen § 13 Abs. 1 Betäubungsmittel
a) verschreibt,
b) verabreicht oder zum unmittelbaren Verbrauch überläßt,
7. entgegen § 13 Abs. 2 Betäubungsmittel in einer Apotheke oder tierärztlichen Hausapotheke abgibt,
8. entgegen § 14 Abs. 5 für Betäubungsmittel wirbt,
9. unrichtige oder unvollständige Angaben macht, um für sich oder einen anderen oder für ein Tier die Verschreibung eines Betäubungsmittels zu erlangen,
10. einem anderen eine Gelegenheit zum unbefugten Erwerb oder zur unbefugten Abgabe von Betäubungsmitteln verschafft oder gewährt, eine solche Gelegenheit öffentlich oder eigennützig mitteilt oder einen anderen zum unbefugten Verbrauch von Betäubungsmitteln verleitet,
11. ohne Erlaubnis nach § 10a einem anderen eine Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch von Betäubungsmitteln verschafft oder gewährt, oder wer eine außerhalb einer Einrichtung nach § 10a bestehende Gelegenheit zu einem solchen Verbrauch eigennützig oder öffentlich mitteilt,
12. öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3 des Strafgesetzbuches) dazu auffordert, Betäubungsmittel zu verbrauchen, die nicht zulässigerweise verschrieben worden sind,
13. Geldmittel oder andere Vermögensgegenstände einem anderen für eine rechtswidrige Tat nach Nummern 1, 5, 6, 7, 10, 11 oder 12 bereitstellt,
14. einer Rechtsverordnung nach § 11 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 oder § 13 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 oder 5 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Strafvorschrift verweist.

BTMG § 3 ERLAUBNIS ZUM VERKEHR MIT BETÄUBUNGSMITTELN

(1) Einer Erlaubnis des Bundesinstitutes für Arzneimittel und Medizinprodukte bedarf, wer
1. Betäubungsmittel anbauen, herstellen, mit ihnen Handel treiben, sie, ohne mit ihnen Handel zu treiben, einführen, ausführen, abgeben, veräußern, sonst in den Verkehr bringen, erwerben oder
2. ausgenommene Zubereitungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 3) herstellen will.
(2) Eine Erlaubnis für die in Anlage I bezeichneten Betäubungsmittel kann das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nur ausnahmsweise zu wissenschaftlichen oder anderen im öffentlichen Interesse liegenden Zwecken erteilen.

17. 18.10.2010 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: GEMEINSCHAFTLICHER DIEBSTAHL IN TATMEHRHEIT MIT DIEBSTAHL
2 Monate Freiheitsstrafe
Bewährungszeit 3 Jahre
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A, § 25 ABS.2, § 53, § 56, § 56D, BZRG §17 ABS.2
Tat aufgrund Betäubungsmittelabhängigkeit begangen
Bewährungshelfer bestellt

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der §§ 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

STGB § 25 TÄTERSCHAFT

(1) Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht.
(2) Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter).

STGB § 53 TATMEHRHEIT

(1) Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werden, und dadurch mehrere Freiheitsstrafen oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt.
(2) 1. Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt. 2. Jedoch kann das Gericht auf Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Geldstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.
(3) 1. Hat der Täter nach dem Gesetz, nach welchem § 43a Anwendung findet, oder im Fall des § 52 Abs. 4 als Einzelstrafe eine lebenslange oder eine zeitige Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verwirkt, so kann das Gericht neben der nach Absatz 1 oder 2 zu bildenden Gesamtstrafe gesondert eine Vermögensstrafe verhängen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Vermögensstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtvermögensstrafe erkannt. 2. § 43a Abs. 3 gilt entsprechend.
(4) § 52 Abs. 3 und 4 Satz 2 gilt sinngemäß.

STGB § 56 STRAFAUSSETZUNG

(1) Bei der Verurteilung zu Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahr setzt das Gericht die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung aus, wenn zu erwarten ist, daß der Verurteilte sich schon die Verurteilung zur Warnung dienen lassen und künftig auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird. Dabei sind namentlich die Persönlichkeit des Verurteilten, sein Vorleben, die Umstände seiner Tat, sein Verhalten nach der Tat, seine Lebensverhältnisse und die Wirkungen zu berücksichtigen, die von der Aussetzung für ihn zu erwarten sind.
(2) Das Gericht kann unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 auch die Vollstreckung einer höheren Freiheitsstrafe, die zwei Jahre nicht übersteigt, zur Bewährung aussetzen, wenn nach der Gesamtwürdigung von Tat und Persönlichkeit des Verurteilten besondere Umstände vorliegen. Bei der Entscheidung ist namentlich auch das Bemühen des Verurteilten, den durch die Tat verursachten Schaden wiedergutzumachen, zu berücksichtigen.
(3) Bei der Verurteilung zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wird die Vollstreckung nicht ausgesetzt, wenn die Verteidigung der Rechtsordnung sie gebietet.
(4) Die Strafaussetzung kann nicht auf einen Teil der Strafe beschränkt werden. Sie wird durch eine Anrechnung von Untersuchungshaft oder einer anderen Freiheitsentziehung nicht ausgeschlossen.

STGB § 56D BEWÄHRUNGSHILFE

(1) Das Gericht unterstellt die verurteilte Person für die Dauer oder einen Teil der Bewährungszeit der Aufsicht und Leitung einer Bewährungshelferin oder eines Bewährungshelfers, wenn dies angezeigt ist, um sie von Straftaten abzuhalten.
(2) Eine Weisung nach Absatz 1 erteilt das Gericht in der Regel, wenn es eine Freiheitsstrafe von mehr als neun Monaten aussetzt und die verurteilte Person noch nicht 27 Jahre alt ist.
(3) Die Bewährungshelferin oder der Bewährungshelfer steht der verurteilten Person helfend und betreuend zur Seite. Sie oder er überwacht im Einvernehmen mit dem Gericht die Erfüllung der Auflagen und Weisungen sowie der Anerbieten und Zusagen und berichtet über die Lebensführung der verurteilten Person in Zeitabständen, die das Gericht bestimmt. Gröbliche oder beharrliche Verstöße gegen Auflagen, Weisungen, Anerbieten oder Zusagen teilt die Bewährungshelferin oder der Bewährungshelfer dem Gericht mit.
(4) Die Bewährungshelferin oder der Bewährungshelfer wird vom Gericht bestellt. Es kann der Bewährungshelferin oder dem Bewährungshelfer für die Tätigkeit nach Absatz 3 Anweisungen erteilen.
(5) Die Tätigkeit der Bewährungshelferin oder des Bewährungshelfers wird haupt- oder ehrenamtlich ausgeübt.

BZRG § 17 SONSTIGE ENTSCHEIDUNGEN UND GERICHTLICHE FESTSTELLUNGEN

3 Vorschriften zitieren § 17 BZRG
(2) Wird auf Freiheitsstrafe von nicht mehr als zwei Jahren erkannt und hat das Gericht festgestellt, daß der Verurteilte die Tat auf Grund einer Betäubungsmittelabhängigkeit begangen hat, so ist diese Feststellung in das Register einzutragen; dies gilt auch bei einer Gesamtstrafe von nicht mehr als zwei Jahren, wenn der Verurteilte alle oder den ihrer Bedeutung nach überwiegenden Teil der abgeurteilten Straftaten auf Grund einer Betäubungsmittelabhängigkeit begangen hat.

18. 30.06.2011 AG OSNABRÜCK

Tatbezeichnung: DIEBSTAHL IN 2 FÄLLEN
5 Monate 2 Wochen Freiheitsstrafe
Angewendete Vorschriften: STGB § 242 ABS.1, § 248A, § 53, BZRG § 17 ABS.2
Tat aufgrund Betäubungsmittelabhängigkeit begangen

STGB § 242 DIEBSTAHL

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, die Sache sich oder einem Dritten rechtswidrig zuzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB § 248A DIEBSTAHL UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der Diebstahl und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der §§ 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

STGB § 53 TATMEHRHEIT

(1) Hat jemand mehrere Straftaten begangen, die gleichzeitig abgeurteilt werden, und dadurch mehrere Freiheitsstrafen oder mehrere Geldstrafen verwirkt, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt.
(2) 1 Trifft Freiheitsstrafe mit Geldstrafe zusammen, so wird auf eine Gesamtstrafe erkannt. 2 Jedoch kann das Gericht auf Geldstrafe auch gesondert erkennen; soll in diesen Fällen wegen mehrerer Straftaten Geldstrafe verhängt werden, so wird insoweit auf eine Gesamtgeldstrafe erkannt.
(3) 1 Hat der Täter nach dem Gesetz, nach welchem § 43a Anwendu
Einzelstrafe eine lebenslange oder eine zeitige Freiheitsstrafe von meh
neben der nach Absatz 1 oder 2 zu bildenden Gesamtstrafe gesonder
Fällen wegen mehrerer Straftaten Vermögensstrafe verhängt werden, s
erkannt. 2§ 43a Abs. 3 gilt entsprechend.
(4) § 52 Abs. 3 und 4 Satz 2 gilt sinngemäß.

STGB § 17 SONSTIGE ENTSCHEIDUNGEN UND GERICHTL

3 Vorschriften zitieren § 17 BZRG
(2) Wird auf Freiheitsstrafe von nicht mehr als zwei Jahren erkannt u
die Tat auf Grund einer Betäubungsmittelabhängigkeit begangen hat,
dies gilt auch bei einer Gesamtstrafe von nicht mehr als zwei Jahren,
nach überwiegenden Teil der abgeurteilten Straftaten auf Grund einer

19. 05.01.2012 STA OSNABRÜCK

P3300S 602 JS 24157/11
GESUCHT WEGEN STRAFVERFOLGUNG WEGEN FESTNAHME
- Nicht in ein Führungszeugnis (für Private oder Behörden einschließl

AG	Amtsgericht
BTMG	Betäubungsmittelgesetz
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
JARBSCHG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JGG	Jugendgerichtsgesetz
STA	Strafgesetzbuch
STGB	Staatsanwaltschaft
STVG	Straßenverkehrsgesetz

ng findet, oder im Fall des § 52 Abs. 4 als
hr als zwei Jahren verwirkt, so kann das Gericht
t eine Vermögensstrafe verhängen; soll in diesen
so wird insoweit auf eine Gesamtvermögensstrafe

LICHE FESTSTELLUNGEN

nd hat das Gericht festgestellt, daß der Verurteilte
so ist diese Feststellung in das Register einzutragen;
wenn der Verurteilte alle oder den ihrer Bedeutung
Betäubungsmittelabhängigkeit begangen hat.

ich der erweiterten) aufzunehmen -

PROSTITUTIONSGESETZ 1980 UND 2001
PROSTITUIERTENSCHUTZGESETZ SEIT 2016

Das Bundesverwaltungsgericht entschied am 15. Juli 1980, dass die Prostitution als sittenwidrige und in verschiedener Hinsicht sozialwidrige Tätigkeit nicht Teil des Wirtschaftslebens im Sinne des EG-Vertrages sei und damit kein gemeinschaftsrechtliches Freizügigkeitsrecht begründen könne.

Am 1. Dezember 2000 entschied das Verwaltungsgericht Berlin, dass die freiwillige Prostitution unabhängig von einer moralischen Beurteilung nach den heute anerkannten sozialethischen Wertvorstellungen nicht mehr als sittenwidrig anzusehen ist. Die sexuelle Dienstleistung wurde vom Verwaltungsgericht Berlin noch vor dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes im Jahr 2002 nüchtern als gesellschaftliche Realität bewertet.

Während das Prostitutionsgesetz sich in nur drei Paragrafen mit der zivilrechtlichen Seite, also der Einklagbarkeit des Geldes, befasst, ist das Prostituiertenschutzgesetz umfassender und enthält in § 3 die Anmeldepflicht der Prostituierten, in § 33 Bußgeldvorschriften, wenn man die Anmeldung nicht vornimmt und Auflagen nicht nachkommt. Die Möglichkeit der Behörde, Auflagen auszusprechen war nicht neu, sondern lang geübte verwaltungsrechtliche Praxis.
Die Nichtbeachtung von Sperrzonen ist in § 120 Ordnungswidrigkeiten durch Bußgeld sanktioniert, aber nicht mehr strafbar.

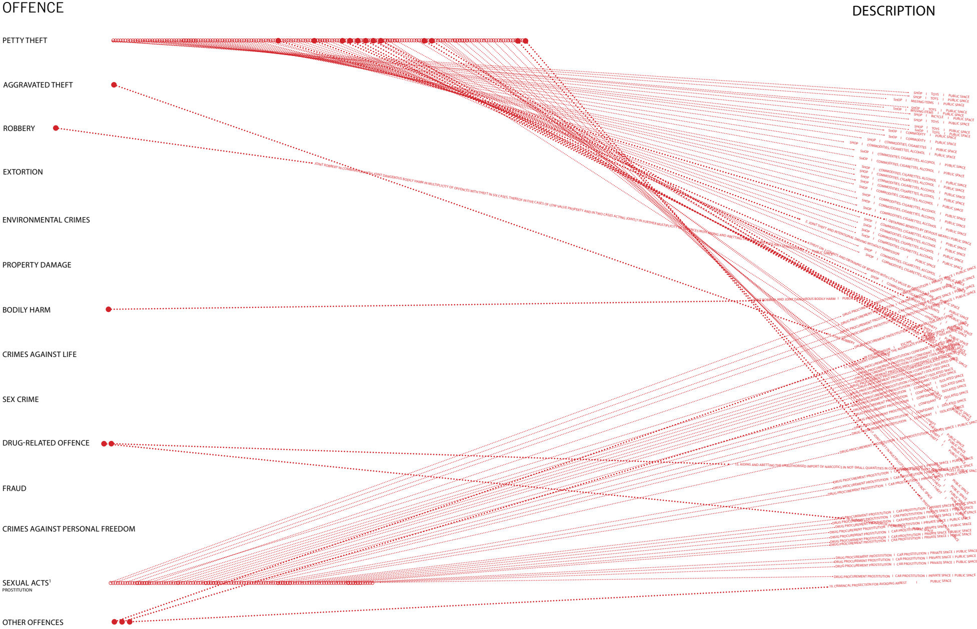
Die Prostitution unterfällt nicht der Gewerbeordnung, so dass ein Gewerbeschein nicht benötigt wird. Einnahmen sind aber zu versteuern, andernfalls liegt eine Steuerhinterziehung vor, § 370 der Abgabenordnung (AO).

Im § 232 des Strafgesetzbuch wird im Prostituiertenschutzgesetz 2016 erstmals eine »Freier«-Strafbarkeit eingeführt, um der sogenannten Zwangsprostitution entgegen zu wirken.

Auszug:
(1) Mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer eine andere Person unter Ausnutzung ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Zwangslage oder ihrer Hilflosigkeit, die mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, oder wer eine andere Person unter einundzwanzig Jahren anwirbt, befördert, weitergibt, beherbergt oder aufnimmt, wenn
1. diese Person ausgebeutet werden soll bei der Ausübung der Prostitution oder bei der Vornahme sexueller Handlungen an oder vor dem Täter oder einer dritten Person oder bei der Duldung sexueller Handlungen an sich selbst durch den Täter oder eine dritte Person,
(…)
2. diese Person in Sklaverei, Leibeigenschaft, Schuldknechtschaft oder in Verhältnissen, die dem entsprechen oder ähneln, gehalten werden soll oder
(…).
(2) Mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer eine andere Person, die in der in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 bezeichneten Weise ausgebeutet werden soll,
1. mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List anwirbt, befördert, weitergibt, beherbergt oder aufnimmt oder
2. entführt oder sich ihrer bemächtigt oder ihrer Bemächtigung durch eine dritte Person Vorschub leistet.

§ 232a:
(1) Mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer eine andere Person unter Ausnutzung ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Zwangslage oder ihrer Hilflosigkeit, die mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, oder wer eine andere Person unter einundzwanzig Jahren veranlasst,
1. die Prostitution aufzunehmen oder fortzusetzen oder
2. sexuelle Handlungen, durch die sie ausgebeutet wird, an oder vor dem Täter oder einer dritten Person vorzunehmen oder von dem Täter oder einer dritten Person an sich vornehmen zu lassen.
(2) Der Versuch ist strafbar.
(…)

OUTCAST REGISTRATION



OFFENCE

DESCRIPTION

PETTY THEFT

AGGRAVATED THEFT

ROBBERY

EXTORTION

ENVIRONMENTAL CRIMES

PROPERTY DAMAGE

BODILY HARM

CRIMES AGAINST LIFE

SEX CRIME

DRUG-RELATED OFFENCE

FRAUD

CRIMES AGAINST PERSONAL FREEDOM

SEXUAL ACTS[1]
PROSTITUTION

OTHER OFFENCES

SHOP | TOYS | PUBLIC SPACE
SHOP | MISSING ITEMS | PUBLIC SPACE
SHOP | BICYCLE | PUBLIC SPACE
SHOP | COMMODITY | PUBLIC SPACE
SHOP | COMMODITIES, CIGARETTES | PUBLIC SPACE
SHOP | COMMODITIES, CIGARETTES, ALCOHOL | PUBLIC SPACE
1. OBTAINING BENEFITS BY DEVIOUS MEANS | PUBLIC SPACE
2. JOINT THEFT AND INTENTIONAL DRIVING WITHOUT PERMISSION
JOINT ROBBERY IN COMBINATION WITH JOINT DANGEROUS BODILY HARM IN MULTIPLICITY OF OFFENCES WITH THEFT IN SIX CASES, THEREOF IN FIVE CASES OF LOW-VALUE PROPERTY AND IN TWO CASES ACTING JOINTLY IN FURTHER MULTIPLICITY OF OFFENCES WITH AIDING AND ABETTING
JOINT ROBBERY AND JOINT DANGEROUS BODILY HARM | PUBLIC SPACE
DRUG PROCUREMENT PROSTITUTION | CONFIDANT | ISOLATED SPACE
THEFT | PUBLIC SPACE
15. AIDING AND ABETTING THE UNAUTHORISED IMPORT OF NARCOTICS IN NOT-SMALL QUANTITIES IN CONCURRENCE WITH THEFT IN 2 INSTANCES | PUBLIC SPACE
17. JOINT THEFT IN MULTIPLICITY WITH THEFT | PUBLIC SPACE
18. THEFT ON 2 COUNTS | PUBLIC SPACE
DRUG PROCUREMENT PROSTITUTION | CAR PROSTITUTION | PRIVATE SPACE | PUBLIC SPACE
19. CRIMINCAL PROSECTION FOR AVOIDING ARREST | PUBLIC SPACE

[1] SEXUAL ACTS

The term 'sexual act' is a central concept of German sexual criminal law. The term was introduced by the 4th Criminal Law Reform Act of 23 November 1973, which comprehensively amended sexual criminal law, in place of the previously widely used terms of 'fornication' and 'lewd act', in order to use a more value-neutral and thus also more clearly pointed wording.

Section 184h of the Criminal Code only appears to contain a legal definition, because it does not define what a sexual act is, but merely states that sexual acts shall only be those which are of some relevance in relation to the respective legal interest protected (Section 184h No. 1 StGB) and sexual acts in front of another shall be those which are committed in front of another, who observes the event.
(crimincal code section 184h No. 2)

SERIOUS AND LESS SERIOUS CRIMINAL OFFENSES

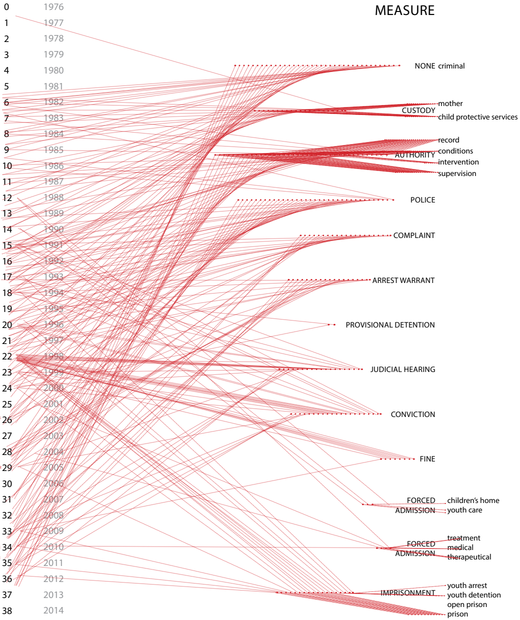
Serious criminal offenses (crimes) are unlawful acts that are punishable by a minimum of imprisonment for one year or more.

Less serious criminal offenses (misdemeanours) are unlawful acts that are punishable by a minimum of a lesser term of imprisonment or a fine.

Aggravation or mitigation, which are provided under the provisions of the General Part or for especially serious or less serious cases, shall be irrelevant to this classification.
(criminal code section 12)

●········ offence resulting in a formal criminal charge

○○○○○○○○ unknown number of identical offences



CRIMINAL OFFENCES REBECCA MERTENS [1976, GER]

1.
16.01.1991 STAATSANWALTSCHAFT BIELEFELD
R2100S 55 JS 908/91
Description of the offence:
OBTAINING BENEFITS BY DEVIOUS MEANS
Date of the (last) offence: 25.02.1991
Regulations applied: STGB Section 265A par 1, Section 248A
Charges dropped according to Section 45 par 2 JGG
- Entry in the juvenile criminal records, not in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

2.
06.05.1993 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 34 DS 20 JS 8958/93 (III 226/93)
Legally binding since 06.05.1993
Description of the offence: JOINT THEFT AND INTENTIONALLY DRIVING WITHOUT A DRIVING LICENCE
Date of the (last) offence: 09.11.1992
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 25 Para.2, Section 53, STVG Section 21 Para.1 No.1, JGG Section 1, Section 3, Section 10
Caution issued
Juvenile detention for violating probation conditions 3W
- Entry in the juvenile criminal records, not in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

04.07.1994 Arrest warrant of the Amtsgericht Osnabrück
05.07.1994 Remanded

3.
11.10.1994 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 34 LS 13 JS 22758/94 (III 558/94)
Legally binding since 19.10.1994
Description of the offence: JOINT ROBBERY IN COMBINATION WITH JOINT SERIOUS BODILY HARM AND THEFT IN SIX CASES, THEREOF IN FIVE CASES OF LOW VALUE GOODS AND IN TWO CASES CASES ACTING IN CONCERT IN A FURTHER OFFENCE OF AIDING AND ABETTING THEFT IN ONE PARTICULARLY SERIOUS CASE
Date of the (last) offence: 30.06.1994
Regulations applied: STGB Section 223 Para.1, Section 223a Para.1, Section 242 Para.1, Section 243 Para.1 SATZ 2 No.1, Section 248A, Section 249 Para.1, Section 25 Para.2 Section 27 Para.1, JGG Section 1, Section 17, Section 18, Section 105
1 year 8 months juvenile sentence
Suspension of remainder of the juvenile penalty deferred until 01.08.1996
Deferred by decision of 30.01.1995+5 VRJS 130/94+P3212
Deferral revoked

4.
07.02.1996 AMTSGERICHT VECHTA
P3212 9 LS 204 JS 33594/95 (SCH 2/95)
Legally binding since 07.02.1996
Description of the offence: TWO CASES OF THEFT AND BENEFIT FRAUD OF SLIGHT VALUE
Date of the (last) offence: 23.05.1995
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A, Section 265A Para.1, Section 21, Section 53, JGG Section 1, Section 105
2 years juvenile sentence
The decision of 11.10.1994+34 LS JS 22758/94+P3313+ AMTSGERICHT OSNABRÜCK was taken into account

5.
04.09.1996 AMTSGERICHT VECHTA
P3212 9 LS 204 JS 48682/95 (SCH 2/96) HW
Legally binding since 12.09.1996
Description of the offence: THEFT IN 2 FÄLLEN
Date of the (last) offence: 29.09.1995
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 53, JGG Section 1, Section 105
2 years 3 months juvenile sentence
The decision of 07.02.1996+9 LS 204 JS 33594/95 (SCH 2/95) + P3212+AG VECHTA was taken into account
The decision of 11.10.1994+34 LS JS 22758/94+P3313+AG OSNABRÜCK was taken into account
Remainder of juvenile sentence suspended until 28.02.1999
Deferral through: 05.02.1997+5 VRJS 122/96+P3212
Probation officer appointed
Suspension of sentence revoked
Execution of sentence completed 22.09.1998

6.
28.04.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 29 JS 7954/98 (VRS)
Legally binding since 30.05.1998
Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 21.011998
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A
20 day fines à 10 DM
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

7.
13.05.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 29 JS 14289/98 (VRS)
Legally binding since 03.06.1998
Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 17.02.1998
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A
40 day fines à 10 DM
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

8.
18.05.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 CS 29 JS 15858/98 (VRS)
Legally binding since 12.06.1998
Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 19.02.1998
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1
60 day fines à 10 DM
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

9.
08.06.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 17 DS 2 JS 44448/97 (38 VRS)
Legally binding since 16.06.1998
Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 05.09.1997
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1
3 months imprisonment
Execution of sentence completed on 21.12.1998
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

10.
08.07.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 18 CS 29 JS 16704/98 (VRS)
Legally binding since 22.02.1998
Description of the offence: INTENTIONALLY DRIVING WITHOUT A DRIVING LICENCE
Date of the (last) offence: 05.09.1997
Regulations applied: STVG Section 21 Para. No.1
30 day fines à 10 DM
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

11.
03.08.1998 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 CS 29 JS 14289/98 (VRS)
Legally binding since 15.08.1998
55 day fines à 10 DM
Total penalty decided on subsequently
The decision of 13.05.1998+2 CS 29 JS 14289/98 (VRS) +P3313+AG OSNABRÜCK was taken into account
The decision of 28.04.1998+2 CS 29 JS 7954/98 (VRS) +P3313+AG OSNABRÜCK was taken into account
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

12.
03.12.1998 AMTSGERICHT HANNOVER
P2305 244 CS 687B JS 83559/98 618 VRS
Legally binding since 15.01.1999
Description of the offence: THEFT OF THINGS OF SLIGHT VALUE
Date of the (last) offence: 17.10.1998
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A
50 day fines à 10 DM
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

13.
23.12.1999 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 2 DS 2 JS 29446/99 (38 VRS)
Legally binding since 29.06.2000
Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 03.08.1999
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1
90 day fines à 10 DM
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) -

14.
06.01.2000 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 3 LS 2 JS 37071/99 (63 VRS)
Legally binding since 08.05.2000
Description of the offence: JOINT PREDATORY THEFT QUALIFIED AS PREDATORY THEFT
Date of the (last) offence: 05.10.1999
Regulations applied: STGB Section 252, Section 250 Para.1 No.1B,
Section 21, Section 25 Para. 2
3 years imprisonment
Loss of the ability to hold office and eligibility for election (legal secondary consequence) according to Section 45 Para.1 StGB
Execution of the remainder of the prison sentence deferred until 30.11.2001
Deferred by decision of 24.11.2000+2 JS 37071/00 (63 VRS) +P3300S=STA OSNABRÜCK
Deferral of execution revoked
Execution of the remainder of the prison sentence deferred until 31.03.2003
Deferred by decision of 19.02.2002+666 JS 37071/99 VRS+P3300S+STA OSNABRÜCK
Deferral of execution revoked
Loss of the ability to hold office and eligibility for election until 11.04.2008
Execution of sentence completed on 11.04.2003

15.
08.11.2005 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 236 LS 163/05 602 JS 18530/05
Legally binding since 23.12.2005
Description of the offence: MULTIPLE OFFENCE OF AIDING AND ABETTING THE UNAUTHORIZED IMPORTATION OF NARCOTICS IN NON-NEGLIGIBLE QUANTITIES IN COMBINATION WITH 3 CASES OF THEFT
Date of the (last) offence: 08.09.2005
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 27, Section 53, BTMG Section 1, Section 3, Section 30 Para.1 No. 4
2 years imprisonment
Loss of the ability to hold office and eligibility for election (legal secondary consequence according to Section 45 Para.1 STGB)
Prohibition of employment, supervision, instruction and training of juveniles (legal secondary consequence according to Section 25 JARBSCHG)
Execution of prison sentence deferred unti 31.01.2008
Deferred by decision of 19.01.2006+236 LS 163/05 602 JS 18530/05+P3313+ AG OSNABRÜCK
Deferral of execution revoked
Execution of the remainder of the prison sentence deferred until 30.05.2007
Deferral of execution revoked
Execution of the remainder of the prison sentence deferred until 20.03.2009
Deferral of execution revoked
Execution of the remainder of the prison sentence deferred until 27.02.2009
Deferral of execution revoked
Loss of the ability to hold office and eligibility for election until 10.03.2014
Execution of sentence completed on 10.03.2009
Continued supervision after the sentence has been served in full until 10.03.2014
Length of continued supervision as per Section 68f STGB changed;
ends on 02.06.2014

16.
29.09.2009 AMTSGERICHT VECHTA
P3212 3 DS 840 JS 17415/09 (134/09)
Legally binding since 21.10.2009
Description of the offence: ILLICIT POSSESSION OF NARCOTICS
Date of the (last) offence: 14.12.2008
Regulations applied: BTMG Section 3 Para.1, Section 29 Para.1 No. 3
30 day fines à 10 DM
Confiscation
Prohibition of employment, supervision, instruction, and training of juveniles (legal secondary consequence according to Section 25 JARBSCHG)

17.
18.10.2010 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 222 DS 781/10 602 JS 21919/10
Legally binding since 03.06.2011
Description of the offence: MULTIPLE OFFENCE OF JOINT THEFT AND THEFT
Date of the (last) offence: 07.08.2010
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A, Section 25 Para.2, Section 53, Section 56, Section 56D, BZRG Section 17 Para. 2
2 months imprisonment
Probation period 3 years
Offence committed due to addiction to narcotics
Probation officer appointed

18.
30.06.2011 AMTSGERICHT OSNABRÜCK
P3313 213 DS 342/11 602 JS 18419/11
Legally binding since 16.12.2011
Description of the offence: TWO CASES OF THEFT
Date of the (last) offence: 25.03.2011
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A, Section 53, BZRG Section17 Para.2
5 months 2 weeks imprisonment
Offence committed due to addiction to narcotics

19.
05.01.2012 STAATSANWALTSCHAFT OSNABRÜCK
P3300S 602 JS 24157/11
WANTED FOR: PROSECUTION DUE TO ARREST
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including their extensions) –

REGULATIONS APPLIED

1. 16.01.1991 STA BIELEFELD

Description of the offence: OBTAINING BENEFITS BY DEVIOUS MEANS
Charges dropped according to Section 45 PARA.2 JGG
Regulations applied: STGB Section 265A Para.1, Section 248A

STGB SECTION 265A OBTAINING BENEFITS BY DEVIOUS MEANS

(1) Whoever obtains the benefits of an automat or a telecommunications network serving public purposes, conveyance by a means of transportation or entrance to an event or institution by devious means, with the intent of not paying the price, shall be punished with imprisonment for not more than one year or a fine if the act is not punishable under other provisions with a more severe punishment.
(2) An attempt shall be punishable.
(3) Sections 247 and 248a shall apply accordingly.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF SLIGHT VALUE

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted only upon complaint in cases under Sections 242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is required to enter the case because of the special public interest therein.

JGG SECTION 45 DISPENSING WITH PROSECUTION

(1) The public prosecutor may dispense with prosecution without the judge's consent if the conditions set out in section 153 of the Code of Criminal Procedure are met.
(2) The public prosecutor shall dispense with prosecution if a supervisory measure has already been enforced or initiated and if he considers neither the participation of the judge pursuant to subsection 3 nor the bringing of charges to be necessary. An attempt by the youth to achieve a settlement with the aggrieved person shall be considered equivalent to a supervisory measure.
(3) The public prosecutor shall propose issuance of a reprimand, of instructions pursuant to section 10, subsection 1, third sentence, numbers 4, 7 and 9 or conditions by the youth court judge if the accused admits his guilt and if the public prosecutor considers that the ordering of such a judicial measure is necessary but the bringing of charges not apposite. If the youth court judge agrees to the proposal, the public prosecutor shall dispense with the prosecution; where instructions or conditions are imposed he shall however dispense with the prosecution only once the youth has complied with them. Section 11, subsection 3 and section 15, subsection 3, second sentence, shall not be applied. Section 47, subsection 3, shall apply mutatis mutandis.

2. 06.05.1993 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: JOINT THEFT AND INTENTIONALLY DRIVING WITHOUT A DRIVING LICENCE
Juvenile detention for violating probation conditions 3W
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 25 Para.2, Section 53, STVG Section 21 Para.1 No.1, JGG Section1, Section 3, Section 10

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 25 PERPETRATION

(1) Whoever commits the crime himself or through another shall be punished as a perpetrator.
(2) If more than one person commit the crime jointly, each shall be punished as a perpetrator (co-perpetrator).

STGB SECTION COMMISSION OF MORE THAN ONE VIOLATION

(1) If someone has committed more than one crime, as to which judgment will be simultaneously rendered, and incurred more than one term of imprisonment or more than one fine, an aggregate punishment shall be imposed.
(2) If a term of imprisonment concurs with a fine, then an aggregate punishment shall be imposed. However, the court may also separately impose a fine; if in such cases a fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate fine should to that extent be imposed.
(3) If the perpetrator, pursuant to the law according to which Section 43a is applicable or under the terms of Section 52 subsection (4), has incurred as an individual punishment imprisonment for life or a fixed term of more than two years, then the court may separately impose a property fine collateral to the aggregate punishment formed pursuant to subsections (1) or (2); if in such cases a property fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate property fine shall to that extent be imposed. Section 43 subsection (3), shall apply accordingly.
(4) Section 52 subsection (3) and Section 52 subsections (4) and (2) apply by analogy.

STVG SECTION 21(1-2) DRIVING WITHOUT A DRIVING LICENCE

(1) A prison sentence of up to one year or a fine shall be imposed on anyone who
1.drives a motor vehicle although he does not have the necessary driving licence or is prohibited from driving the vehicle in accordance with Section 44 German Criminal Code or Section 25 of this Act, or
2.as the owner of a motor vehicle, orders or permits someone to drive the vehicle who does not have the necessary driving licence or who is prohibited from driving the vehicle in accordance with Section 44 German Criminal Code or in accordance with Section 25 of this Act.
(2) A prison sentence of up to six months or a fine of up to 180 daily rates shall be imposed on anyone who
1. negligently commits an act referred to in paragraph 1,
2. intentionally or negligently drives a motor vehicle although the prescribed driving licence has been taken into custody, seized or confiscated in accordance with Section 94 Code of Criminal Procedure, or
3. intentionally or negligently orders or permits someone to drive a motor vehicle as the owner of a motor vehicle although the prescribed driving licence has been taken into custody, secured or confiscated in accordance with Section 94 Code of Criminal Procedure. Section 94 StPO refers to vehicles which may be in required as evidence in criminal law cases.

JGG Section 1 SCOPE AS TO PERSONS AND SUBSTANTIVE SCOPE

(1) This Law shall apply if a youth or young adult engages in misconduct punishable under the provisions of general law.
(2) "Youth" shall mean anyone who, at the time of the act, has reached the age of fourteen but not yet eighteen years; "young adult" shall mean anyone who, at the time of the act, has reached the age of eighteen but not yet twenty-one years.

JGG SECTION 3 CRIMINAL LIABILITY

A youth shall bear criminal liability if, at the time of the act, he has reached a level of moral and intellectual maturity sufficient to enable him to understand the wrongfulness of the act and to conduct himself in accordance with such understanding.
For the purposes of bettering a youth who bears no criminal liability due to a lack of maturity the judge may order the same measures as the judge responsible for family and guardianship matters.

JGG SECTION 10 INSTRUCTIONS

(1) Instructions shall be directions and prohibitions by which the youth can conduct his life and which are intended to promote and guarantee his education. Instructions must not place unoeasonable demands on the way the youth conducts his life. In particular, the judge may instruct the youth to:
1 comply with instructions relating to his place of residence,
2 live with a family or in residential accommodation,
3 accept a training place or employment,
4 perform certain work tasks,
5) submit himself to the care and supervision of a specific person (care assistant),
6 attend a social skills training course,
7 attempt to achieve a settlement with the aggrieved person (settlement between offender and victim),
8 avoid contact with certain persons or frequenting places providing public hospitality or entertainment, or
attend a road-traffic training course.
(2) With the consent of the parent or guardian and the legal representative, the judge may also require the youth to undergo specialist rehabilitative treatment or addiction withdrawal treatment. If the youth is more than sixteen years of age, such condition should be imposed only with his consent.

3. 11.10.1994 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: JOINT ROBBERY IN COMBINATION WITH JOINT SERIOUS BODILY HARM AND THEFT IN SIX CASES, THEREOF IN FIVE CASES OF LOW VALUE GOODS AND IN TWO CASES CASES ACTING IN CONCERT IN A FURTHER OFFENCE OF AIDING AND ABETTING THEFT IN ONE PARTICULARLY SERIOUS CASE
1 year 8 months juvenile sentence
Regulations applied: STGB Section 223 Para.1, Section 223a Para.1, Section 242 Para.1, Section 243 Para.1 SATZ 2 No.1, Section 248A, Section 249 Para.1, Section 25 Para.2 Section 27 Para.1, JGG Section 1, Section17, Section 18, Section 105

STGB SECTION 223 BODILY INJURY

(1) Whoever physically maltreats or harms the health of another person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 224 DANGEROUS BODILY INJURY

(1) Whoever commits bodily harm:
1. through the administration of poison or other substances dangerous to health;
2. by means of a weapon or other dangerous tool;
3. by means of a sneak attack;
4. jointly with another participant; or
5. by means of a treatment dangerous to life,
shall be punished with imprisonment from six months to ten years, in less serious cases with imprisonment from three months to five years.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 243 ESPECIALLY SERIOUS CASE OF THEFT

(1) In especially serious cases theft shall be punished with imprisonment from three months to ten years. An especially serious cases exists as a rule, if the perpetrator:
1. in executing the act breaks or climbs into a building, official or business premises or another enclosed space or intrudes therein by using a skeleton key or other tool not regularly used for entry or hides in the space;
2. steals property which is specially protected against taking by a sealed container or other protective equipment;
3. steals professionally;
4. steals property which is used in religious services or for religious veneration from a church or other building or space used for the practice of religion;
5. steals property of significance for science, art or history or for technical development which is located in a generally accessible collection or is publicly exhibited;
6. steals by exploiting the helplessness of another person, an accident or a common danger; or
7. steals a handgun, for the acquisition of which a license is required under the Weapons Law, a machine gun, a submachine gun, a fully or semi-automatic rifle or a military weapon containing an explosive within the meaning of the Military Weapons Control Law, or an explosive.
(2) In cases under subsection (1), sentence 2, numbers 1 to 6, an especially serious case shall be excluded if the act relates to property of slight value.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF SLIGHT VALUE

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted only upon complaint in cases under Sections 242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is required to enter the case because of the special public interest therein.

STGB Section 249 Robbery

(1) Whoever, by force against a person or the use of threats of imminent danger to life or limb, takes moveable property not his own from another with the intent of appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not less than one year.
(2) In less serious cases the punishment shall be imprisonment from six months to five years.

STGB SECTION 27 ACCESSORYSHIP

(1) Whoever intentionally renders aid to another in that person's intentional com
as an accessory.
(2) The punishment for the accessory corresponds to the punishment threatened
pursuant to Section 49 subsection (1).

JGG SECTION 17 FORM AND CONDITIONS

(1) "Youth penalty" shall mean deprivation of liberty in a facility provided for its e
(2) The judge shall impose youth penalty if, as a result of the harmful inclinations
act, supervisory measures or disciplinary measures are not sufficient for the purp
necessary given the seriousness of the youth's guilt.

JGG SECTION 18 DURATION OF YOUTH PENALTY

(1) The minimum duration of youth penalty shall be six months; its maximum du
a serious criminal offence for which general criminal law prescribes a maximum
of liberty, the maximum duration of youth penalty shall be ten years. The statuto
law shall not apply.
(2) Youth penalty shall be calculated such as to make it possible to achieve the d

JGG SECTION 105 APPLICATION OF YOUTH CRIMINAL LAW TO YOUN

(1) Where a young adult engages in misconduct punishable under the provision
provisions applicable to a youth set out in sections 4 to 8, section 9, number 1, se
mutandis if: the overall assessment of the perpetrator's personality, taking accou
that at the time of the act he was still equivalent to a youth in terms of his moral
the type, circumstances and motives of the act indicate that it constituted youth
(2) Section 31, subsection 2, first sentence, and section 31, subsection 3, shall als
already been convicted with legal effect according to the provisions of general c
(3) The maximum period of youth penalty applicable to young adults shall be ter

4. 07.02.1996 AMTSGERICHT VECHTA

Description of the offence: TWO CASES OF THEFT AND BENEFIT FRAUD OF SLI
2 years juvenile sentence
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A, Section 265A Para.1
105

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the in
for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more t
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 265A OBTAINING BENEFITS BY DEVIOUS MEANS

(1) Whoever obtains the benefits of an automat or a telecommunications networ
means of transportation or entrance to an event or institution by devious means
be punished with imprisonment for not more than one year or a fine if the act is
more severe punishment.
(2) An attempt shall be punishable.
(3) Sections 247 and 248a shall apply accordingly.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted o
242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is requi
public interest therein.

STGB SECTION 21 DIMINISHED CAPACITY TO BE ADJUDGED GUILTY

If the capacity of the perpetrator to appreciate the wrongfulness of the act or to
substantially diminished upon commission of the act due to one of the reasons i
may be mitigated pursuant to Section 49 subsection (1).

STGB SECTION 53 COMMISSION OF MORE THAN ONE VIOLATION

(1) If someone has committed more than one crime, as to which judgment will b
than one term of imprisonment or more than one fine, an aggregate punishmen
(2) If a term of imprisonment concurs with a fine, then an aggregate punishment
also separately impose a fine; if in such cases a fine is to be imposed for more tha
that extent be imposed.
(3) If the perpetrator, pursuant to the law according to which Section 43a is appli
subsection (4), has incurred as an individual punishment imprisonment for life o
court may separately impose a property fine collateral to the aggregate punishm
if in such cases a property fine is to be imposed for more than one crime, then an
be imposed. Section 43 subsection (3), shall apply accordingly.
(4) Section 52 subsection (3) and Section 52 subsections (4) and (2) apply by ana

5. 04.09.1996 AG VECHTA

Description of the offence: TWO CASES OF THEFT
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 53, JGG Section 1, Section

mission of an unlawful act shall be punished

l for the perpetrator. It shall be mitigated

xecution.
demonstrated by the youth during the
oses of supervision or if such a penalty is

ration shall be five years. If the act constitutes
sentence of more than ten years' deprivation
ry range of penalties under general criminal

esired supervisory aim.

G ADULTS

s of general law, the judge shall apply the
ections 10 and 11, and 13 to 32, mutatis
nt of his living environment, demonstrates
and intellectual development, or
misconduct.
o be applied even if the young adult has
riminal law for part of the criminal offences.
n years.

GHT VALUE

, Section 21, Section 53, JGG Section 1, Section

ntent of unlawfully appropriating the property
than five years or a fine.

k serving public purposes, conveyance by a
, with the intent of not paying the price, shall
not punishable under other provisions with a

SLIGHT VALUE

nly upon complaint in cases under Sections
red to enter the case because of the special

act in accordance with such appreciation is
ndicated in Section 20, then the punishment

e simultaneously rendered, and incurred more
t shall be imposed.
shall be imposed. However, the court may
n one crime, then an aggregate fine should to

cable or under the terms of Section 52
r a fixed term of more than two years, then the
ent formed pursuant to subsections (1) or (2);
aggregate property fine shall to that extent

logy.

105

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 53 COMMISSION OF MORE THAN ONE VIOLATION

(1) If someone has committed more than one crime, as to which judgment will be simultaneously rendered, and incurred more than one term of imprisonment or more than one fine, an aggregate punishment shall be imposed.
(2) If a term of imprisonment concurs with a fine, then an aggregate punishment shall be imposed. However, the court may also separately impose a fine; if in such cases a fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate fine should to that extent be imposed.
(3) If the perpetrator, pursuant to the law according to which Section 43a is applicable or under the terms of Section 52 subsection (4), has incurred as an individual punishment imprisonment for life or a fixed term of more than two years, then the court may separately impose a property fine collateral to the aggregate punishment formed pursuant to subsections (1) or (2); if in such cases a property fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate property fine shall to that extent be imposed. Section 43 subsection (3), shall apply accordingly.
(4) Section 52 subsection (3) and Section 52 subsections (4) and (2) apply by analogy.

JGG Section 1 SCOPE AS TO PERSONS AND SUBSTANTIVE SCOPE

(1) This Law shall apply if a youth or young adult engages in misconduct punishable under the provisions of general law.
(2) "Youth" shall mean anyone who, at the time of the act, has reached the age of fourteen but not yet eighteen years; "young adult" shall mean anyone who, at the time of the act, has reached the age of eighteen but not yet twenty-one years.

JGG SECTION 105 APPLICATION OF YOUTH CRIMINAL LAW TO YOUNG ADULTS

(1) Where a young adult engages in misconduct punishable under the provisions of general law, the judge shall apply the provisions applicable to a youth set out in sections 4 to 8, section 9, number 1, sections 10 and 11, and 13 to 32, mutatis mutandis if: the overall assessment of the perpetrator's personality, taking account of his living environment, demonstrates that at the time of the act he was still equivalent to a youth in terms of his moral and intellectual development, or
the type, circumstances and motives of the act indicate that it constituted youth misconduct.
(2) Section 31, subsection 2, first sentence, and section 31, subsection 3, shall also be applied even if the young adult has already been convicted with legal effect according to the provisions of general criminal law for part of the criminal offences.
(3) The maximum period of youth penalty applicable to young adults shall be ten years.

6. 28.04.1998 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: THEFT
20 day fines à 10 DM
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Paricht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird mit imprisonment bis zu fünf yearsn oder mit bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

STGB SECTION 248A THEFT UND UNTERSCHLAGUNG GERINGWERTIGER SACHEN

Der THEFT und die Unterschlagung geringwertiger Sachen werden in den Fällen der SectionSection 242 und 246 nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten halt.

7. 13.05.1998 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: THEFT
40 day fines à 10 DM
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF SLIGHT VALUE

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted only upon complaint in cases under Sections 242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is required to enter the case because of the special public interest therein.

8. 18.05.1998 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 19.02.1998
60 day fines à 10 DM
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

9. 08.06.1998 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: THEFT
Date of the (last) offence: 05.09.1997
3 months imprisonment
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

10. 08.07.1998 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: INTENTIONALLY DRIVING WITHOUT A DRIVING LICENCE
30 day fines à 10 DM
Regulations applied: STGB Section 2, Section 21 Para. No.1

STGB SECTION 2 TEMPORAL APPLICABILITY

(1) The punishment and its collateral consequences are determined by the law which is in force at the time of the act.
(2) If the threatened punishment is amended during the commission of the act, then the law shall be applicable which is in force at the time the act is completed.
(3) If the law in force upon the completion of the act is amended before judgment, then the most lenient law shall be applicable.
(4) A law, which was intended to be in force only for a determinate time, shall be applicable to acts committed while it was in force, even if it is no longer in force. This shall not apply to the extent a law provides otherwise.
(5) Subsections (1) through (4) shall apply, correspondingly, to forfeiture, confiscation and rendering unusable.
(6) Unless the law provides otherwise, decisions as to measures of reform and prevention shall be according to the law which is in force at the time of judgment.

STGB Section 21 Diminished Capacity to be Adjudged Guilty

If the capacity of the perpetrator to appreciate the wrongfulness of the act or to act in accordance with such appreciation is substantially diminished upon commission of the act due to one of the reasons indicated in Section 20, then the punishment may be mitigated pursuant to Section 49 subsection (1).

11. 03.08.1998 AG OSNABRÜCK

55 day fines à 10 DM
Total penalty decided on subsequently
The decision of 13.05.1998+2 CS 29 JS 14289/98 (VRS)
+P3313+AG OSNABRÜCK was taken into account
The decision of 28.04.1998+2 C S 29 JS 7954/98 (VRS)
+P3313+AG OSNABRÜCK was taken into account

12. 03.12.1998 AG HANNOVER

Description of the offence: THEFT OF THINGS OF SLIGHT VALUE
50 day fines à 10 DM
Regulations applied: STGB Section 242 Par,1, Section 248A

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF SLIGHT VALUE

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted only upon complaint in cases under Sections 242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is required to enter the case because of the special public interest therein.

13. 23.12.1999 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: THEFT
90 day fines à 10 DM
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

14. 06.01.2000 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: JOINT PREDATORY THEFT QUALIFIED AS PREDATORY THEFT
3 years imprisonment
Regulations applied: STGB Section 252, Section 250 Para.1 No.1B

STGB SECTION 252 ROBBERY-LIKE THEFT

Whoever, when caught in the act during a theft, uses force against a person or threats of immine
order to retain possession of the stolen property, shall be punished the same as a robber.

STGB SECTION 250 SERIOUS ROBBERY

(1) imprisonment for not less than three years shall be imposed, if:
1. the perpetrator or another participant in the robbery: a). carries a weapon or other dangerous
or means in order to prevent or overcome the resistance of another person through force or thre
another person in danger of serious health damage; or
2. the perpetrator commits the robbery as a member of a band which has combined for the cont
theft with the participation of another member of the gang.
(2) imprisonment for not less than five years shall be imposed, if the perpetrator or another parti
1. uses a weapon or other dangerous tool during the act;
2. carries a weapon in cases under subsection (1), number 2; or
3. during or by the act: a) seriously physically maltreats another person; or b) places another pers
(3) In less serious cases under subsections (1) and (2) the punishment shall be imprisonment from

STGB SECTION 21 DIMINISHED CAPACITY TO BE ADJUDGED GUILTY

If the capacity of the perpetrator to appreciate the wrongfulness of the act or to act in accordanc
substantially diminished upon commission of the act due to one of the reasons indicated in Sect
may be mitigated pursuant to Section 49 subsection (1).

STGB SECTION 25 PERPETRATION

(1) Whoever commits the crime himself or through another shall be punished as a perpetrator.
(2) If more than one person commit the crime jointly, each shall be punished as a perpetrator (co

15. 08.11.2005 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: MULTIPLE OFFENCE OF AIDING AND ABETTING THE UNAUTHORIZE
NARCOTICS IN NON-NEGLIGIBLE QUANTITIES IN COMBINATION WITH 3 CASES OF THEFT
2 years imprisonment
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 27, Section 53, BTMG Section 1, Section 3,

BTMG SECTION 1 NARCOTIC DRUGS

(1) For the purpose of this Act, narcotic drugs means the substances and preparations listed in An
(2) The Federal Government shall be authorised to amend or supplement, upon the hearing of ex
adopted with the consent of the Bundesrat, Annexes I to III as is necessary
1. on the basis of scientific knowledge because of the effect of a substance, especially in view of t
2. because of the possibility of producing narcotic drugs from a substance or by use of a substanc
3. for the security or control of the trade in narcotic drugs or other substances or preparations be
and the indirect or direct danger to health.
In the ordinance pursuant to sentence 1, specific substances or preparations may be exempted, i
application of this Act or an ordinance issued on the basis of this Act, as long as the security and
drugs remain guaranteed.
(3) In urgent cases concerning the security or control of the trade in narcotics, the Federal Ministr
to include, by means of an ordinance adopted without the consent of the Bundesrat, in Annexes
preparations which are not medicinal products, if such a step is necessary because of the extent
direct danger to health. An ordinance issued on the basis of this provision shall lose its validity af
(4) The Federal Ministry of Health (Federal Ministry) shall be authorised to amend, by means of an
the consent of the Bundesrat, Annexes I to III or the ordinances issued on the basis of this Act ins
amendments to the Schedules annexed to the Single Convention on Narcotic Drugs, 1961, in the
4 February 1977 (Federal Law Gazette II, p. 111) and the Convention on Psychotropic Substances,
1976 II, p. 1477) (International Narcotics Conventions) in their respective versions that are binding
Germany.

BTMG SECTION 3 LICENCE FOR THE TRADE IN NARCOTIC DRUGS

(1) A licence issued by the Federal Institute for Drugs and Medical Devices shall be required by an
1. to cultivate, produce or trade in narcotic drugs or without engaging in their trade, to import, e
place them on the market, acquire them or
2. to produce exempt preparations (section 2 subsection 1 number 3).
(2)The Federal Institute for Drugs and Medical Devices may issue a licence for the narcotic drugs
exception for scientific or other purposes in the public interest.

BTMG Section 30 paragraph.1 NO. 4 CRIMINAL OFFENCES

(1) A term of imprisonment of not less than two years shall be imposed on any person who
4 imports narcotic drugs in quantities which are not small without a licence pursuant to
section 3 subsection 1 number 1.

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfu
for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years o
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 27 ACCESSORYSHIP

(1) Whoever intentionally renders aid to another in that person's intentional commission of an un
an accessory.
(2) The punishment for the accessory corresponds to the punishment threatened for the perpetra
pursuant to Section 49 subsection (1).

nt danger to life and limb, in

tool; b) otherwise carries a tool
at force; c) by the act places

inued commission of robbery or

cipant in the robbery:

on in danger of death.
n one year to ten years.

e with such appreciation is
ion 20, then the punishment

-perpetrator).

D IMPORTATION OF

Section 30 Para.1 No. 4

nexes I to III.
perts by means of an ordinance

he creation of an addiction,
ce or
cause of the extent of abuse

n whole or in part, from the
control of the trade in narcotic

y of Health shall be authorised
I to III substances and
of abuse and the indirect or
ter the expiration of one year.
n ordinance adopted without
ofar as this is required due to
version as promulgated on
1971 (Federal Law Gazette
g on the Federal Republic of

y person who wishes
xport, supply, sell, otherwise

listed in Annex I only by way of

ly appropriating the property
r a fine.

lawful act shall be punished as

ator. It shall be mitigated

STGB SECTION 53 COMMISSION OF MORE THAN ONE VIOLATION

(1) If someone has committed more than one crime, as to which judgment will be simultaneously rendered, and incurred more than one term of imprisonment or more than one fine, an aggregate punishment shall be imposed.
(2) If a term of imprisonment concurs with a fine, then an aggregate punishment shall be imposed. However, the court may also separately impose a fine; if in such cases a fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate fine should to that extent be imposed.
(3) If the perpetrator, pursuant to the law according to which Section 43a is applicable or under the terms of Section 52 subsection (4), has incurred as an individual punishment imprisonment for life or a fixed term of more than two years, then the court may separately impose a property fine collateral to the aggregate punishment formed pursuant to subsections (1) or (2); if in such cases a property fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate property fine shall to that extent be imposed. Section 43 subsection (3), shall apply accordingly.
(4) Section 52 subsection (3) and Section 52 subsections (4) and (2) apply by analogy.

16. 29.09.2009 AG VECHTA

Description of the offence: ILLICIT POSSESSION OF NARCOTICS
Regulations applied: BTMG Section 29 Para.1 No.3, Section 3 Para.1
30 day fines à 10 DM
Confiscation
Prohibition of employment, supervision, instruction, and training of juveniles (legal secondary consequence according to § 25 JARBSCHG)

BTMG Section 29(1) CRIMINAL OFFENCES

(1) A term of imprisonment of up to five years or a fine shall be imposed on any person who
1. illicitly cultivates, produces and trades in narcotic drugs or, without engaging in their trade, imports, exports, sells, supplies, otherwise places them on the market or acquires or procures them in any other way,
2. produces an exempt preparation (section 2 subsection 1 number 3) without a licence pursuant to section 3 subsection 1 number 2,
3. possesses narcotic drugs without being in possession of a written licence for their acquisition,
4. (deleted)
5. contrary to section 11 subsection 1 sentence 2, carries narcotic drugs in transit,
6. contrary to section 13 subsection 1
a) prescribes narcotic drugs
b) administers narcotic drugs or puts them at the disposal of another person for immediate use,
7. contrary to section 13 subsection 2
a) supplies narcotic drugs in a pharmacy or in a veterinary house dispensary, b) supplies diamorphine as a pharmaceutical entrepreneur,
8. contrary to section 14 subsection 5 promotes narcotic drugs,
9. gives incorrect or incomplete information to obtain a prescription for a narcotic drug for himself, for another person or for an animal,
10. affords or grants another person an opportunity for the unauthorized acquisition or unauthorized supply of narcotic drugs, informs about such an opportunity publicly or out of selfish motives or entices another person into using narcotic drugs in an unauthorized manner,
11. affords or grants another person an opportunity for the unauthorized use of narcotic drugs without holding a licence pursuant to section 10a or informs about an opportunity for such use which exists outside a facility pursuant to section 10a out of selfish motives or publicly,
12. publicly, at a meeting or by disseminating written material (section 11 subsection 3 of the Criminal Code) encourages the use of narcotic drugs which have not been prescribed as permitted,
13. makes available financial means or other assets to another person for the commission of an unlawful act as defined in numbers 1, 5, 6, 7, 10, 11 or 12,
14. acts in contravention of an ordinance pursuant to section 11 subsection 2 sentence 2 number 1 or section 13 subsection 3 sentence 2 number 1, 2a or 5 where such ordinance refers to the present penal provision in respect of a specific offence.

BTMG Section 3 LICENCE FOR THE TRADE IN NARCOTIC DRUGS

(1) A licence issued by the Federal Institute for Drugs and Medical Devices shall be required by any person who wishes
1. to cultivate, produce or trade in narcotic drugs or without engaging in their trade, to import, export, supply, sell, otherwise place them on the market, acquire them or
2. to produce exempt preparations (section 2 subsection 1 number 3).
(2)The Federal Institute for Drugs and Medical Devices may issue a licence for the narcotic drugs listed in Annex I only by way of exception for scientific or other purposes in the public interest.

17. 18.10.2010 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: MULTIPLE OFFENCE OF JOINT THEFT AND THEFT
2 months imprisonment
Probation period 3 years
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A, Section 25 Para.2, Section 53, Section 56, Section 56D, BZRG Section17 Para.2
Offence committed due to addiction to narcotics
Probation officer appointed

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF SLIGHT VALUE

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted only upon complaint in cases under Sections 242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is required to enter the case because of the special public interest therein.

STGB SECTION 25 PERPETRATION

(1) Whoever commits the crime himself or through another shall be punished as a perpetrator.
(2) If more than one person commit the crime jointly, each shall be punished as a perpetrator (co-perpetrator).

STGB SECTION 53 COMMISSION OF MORE THAN ONE VIOLATION

(1) If someone has committed more than one crime, as to which judgment will be simultaneously rendered, and incurred more than one term of imprisonment or more than one fine, an aggregate punishment shall be imposed.
(2) If a term of imprisonment concurs with a fine, then an aggregate punishment shall be imposed. However, the court may also separately impose a fine; if in such cases a fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate fine should to that extent be imposed.
(3) If the perpetrator, pursuant to the law according to which Section 43a is applicable or under the terms of Section 52 subsection (4), has incurred as an individual punishment imprisonment for life or a fixed term of more than two years, then the court may separately impose a property fine collateral to the aggregate punishment formed pursuant to subsections (1) or (2); if in such cases a property fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate property fine shall to that extent be imposed. Section 43 subsection (3), shall apply accordingly.
(4) Section 52 subsection (3) and Section 52 subsections (4) and (2) apply by analogy.

STGB SECTION 56 SUSPENDED EXECUTION OF PUNISHMENT

(1) Upon a sentence of imprisonment of no more than one year the court shall suspend the execution of the punishment and grant probation if it can be expected that the sentence will serve the convicted person as a warning and he will commit no further crimes in the future even without the influence exerted by serving the sentence. Particularly to be considered are the personality of the convicted person, his previous history, the circumstances of his act, his conduct after the act, his living conditions and the effects which can be expected as a result of the suspension.
(2) The court may also suspend the execution of a longer term of imprisonment which does not exceed two years under the provisions of subsection (1) and grant probation if a comprehensive evaluation of the act and personality of the convicted person reveals the existence of special circumstances. In making the decision the efforts of the convicted person to make restitution for the harm caused by the act should particularly be considered.
(3) The execution of a sentence of imprisonment of no less than six months shall not be suspended when defense of the legal order so requires.
(4) A suspended execution of punishment may not be limited to a part of the punishment. It shall not be excluded by the crediting of time served in remand detention or any other deprivation of liberty.

STGB SECTION 56D PROBATION ASSISTANCE

(1) The court shall place the convicted person under the supervision and guidance of a probation officer for all or part of the term of probation when advisable to prevent him from committing crimes.
(2) The court shall issue an instruction pursuant to subsection (1), as a rule, if it suspends a term of imprisonment of more than nine months and the convicted person is less than twenty-seven years of age.
(3) The probation officer shall assist and care for the convicted person. With the approval of the court he shall supervise the fulfillment of the conditions and instructions as well as the offers and promises. He shall report on the way the convicted person is conducting his life at intervals determined by the court. He shall inform the court as to gross or persistent violations of the conditions, instructions, offers or promises.
(4) The probation officer shall be appointed by the court. It may give instructions concerning his functions under subsection 3.
(5) The functions of the probation officer shall be exercised on a full-time official or honorary basis.

BZRG SECTION 17 OTHER DECISIONS AND COURT FINDINGS

(2) If a term of imprisonment of no more than two years is imposed and the court has found that the convicted person committed the act owing to drug addiction, this finding shall be entered in the Register; this also applies in the case of an aggregate sentence of no more than two years if the convicted person committed all or the major part of the offences adjudicated owing to the drug addiction.

18. 30.06.2011 AG OSNABRÜCK

Description of the offence: TWO CASES OF THEFT
5 months 2 weeks imprisonment
Regulations applied: STGB Section 242 Para.1, Section 248A, Section 53, BZRG Section 17 Para.2
Offence committed due to addiction to narcotics

STGB SECTION 242 THEFT

(1) Whoever takes moveable property not his own away from another with the intent of unlawfully appropriating the property for himself or a third person, shall be punished with imprisonment for not more than five years or a fine.
(2) An attempt shall be punishable.

STGB SECTION 248A THEFT AND MISAPPROPRIATION OF THINGS OF SLIGHT VALUE

The theft and misappropriation of property of slight value shall be prosecuted only upon complaint in cases under Sections 242 and 246, unless the prosecuting authority considers ex officio that it is required to enter the case because of the special public interest therein.

STGB SECTION 53 COMMISSION OF MORE THAN ONE VIOLATION

(1) If someone has committed more than one crime, as to which judgment will be simultaneously rendered, and incurred more than one term of imprisonment or more than one fine, an aggregate punishment shall be imposed.
(2) If a term of imprisonment concurs with a fine, then an aggregate punishment shall be imposed. However, the court may also separately impose a fine; if in such cases a fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate fine should to that extent be imposed.

(3) If the perpetrator, pursuant to the law according to which Section 43a is applicable or under the te
subsection (4), has incurred as an individual punishment imprisonment for life or a fixed term of more
court may separately impose a property fine collateral to the aggregate punishment formed pursuant
if in such cases a property fine is to be imposed for more than one crime, then an aggregate property
imposed. Section 43 subsection (3), shall apply accordingly.
(4) Section 52 subsection (3) and Section 52 subsections (4) and (2) apply by analogy.

BZRG SECTION 17 OTHER DECISIONS AND COURT FINDINGS

(2) If a term of imprisonment of no more than two years is imposed and the court has found that the
committed the act owing to drug addiction, this finding shall be entered in the Register; this also appl
an aggregate sentence of no more than two years if the convicted person committed all or the major
adjudicated owing to the drug addiction.

19. 05.01.2012 STA OSNABRÜCK

P3300S 602 JS 24157/11
WANTED FOR: PROSECUTION DUE TO ARREST
- Not to be included in criminal record certificates (for private persons or for authorities including thei

AG	District court
BTMG	Narcotic Drugs Act
BZRG	FEDERAL CENTRAL CRIMINAL REGISTER ACT
JGG	Youth Courts Act
STA	Public prosecutor
STGB	German Criminal Code
STVG	Road Traffic Act

TRANSLATIONS:

BTMG - HTTPS://WWW.BUNDESGESUNDHEITSMINISTERIUM.DE/FILEADMIN/DATEIEN/3_DOWNLOADS/GESETZE_UN
BZRG - HTTPS://WWW.GESETZE-IM-INTERNET.DE/ENGLISCH_BZRG/ENGLISCH_BZRG.HTML
JGG - HTTPS://GERMANLAWARCHIVE.IUSCOMP.ORG/?P=756#105
STGB - HTTPS://GERMANLAWARCHIVE.IUSCOMP.ORG/?P=752#25
STVO - HTTPS://SE-LEGAL.DE/CRIMINAL-DEFENSE-LAWYER/DRIVING-LICENCE-OFFENCES-DRIVING-BAN-GERMANY

rms of Section 52
than two years, then the
to subsections (1) or (2);
fine shall to that extent be

convicted person
ies in the case of
part of the offences

r extensions) -

PROSTITUTION ACT 1980 UND 2001
PROSTITUTION PROTECTION ACT SINCE 2016

On 15 July 1980, the Federal Administrative Court ruled that prostitution as an act is immoral and in various respects not in accordance with social employment rules, therefor not part of economic life within the meaning of the ECC Treaty and thus could not constitute the right to freedom of movement under Community law.

On 1 December 2000, the Administrative Court of Berlin ruled that voluntary prostitution, irrespective of a moral assessment, could no longer be considered immoral by the social-ethical values recognised today. Sexual service was soberly assessed as a social reality by the Administrative Court of Berlin even before the Prostitution Act came into force in 2002.

While the Prostitution Act deals with the civil law aspects in only three paragraphs, i.e. the enforceability of money, the Prostitution Protection Act is more comprehensive and contains in Section 3 the obligation of prostitutes to register, in Section 33 regulations on fines if one does not register and does not comply with conditions. The possibility for the authorities to impose conditions was nothing new, simply a long-standing practice of administrative law.
The non-observance of restricted zones is sanctioned by fines in Section 120 Administrative Offences (OWig), but no longer punishable by law.

Prostitution is not subject to the Trade Regulation Act, so a trade licence is not required. However, income must be taxed, otherwise it constitutes tax evasion, as stated in Section 370 of the German Fiscal Code (AO).

With Section 232 of the German Criminal Code, the Prostitution Protection Act 2016 introduces for the first time a "johns" criminal liability, in order to counteract so-called forced prostitution.

Excerpt:

StGB Section 232 Human trafficking

(1) Whoever recruits, transports, transfers, harbours or receives another person by taking advantage of that person's personal or financial predicament or helplessness on account of being in a foreign country, or that person is under 21 years of age, incurs a penalty of imprisonment for a term of between six months and five years if
1. that person is to be exploited by way of
a) engaging in prostitution or performing sexual acts on or in the presence of the offender or a third person, or having sexual acts performed on them by the offender or a third person,
(…)
2. that person is to be held in slavery, bonded labour, debt bondage or under corresponding or similar conditions or
(…)
(2) Whoever, with respect to another person who is to be exploited in the manner referred to in subsection (1) sentence 1 nos. 1 to 3,
1. recruits, transports, transfers, harbours or receives that person by force, by threat of serious harm or by deception or
2. abducts that person or gains physical control over him or her or encourages a third person to gain physical control over him or her
incurs a penalty of imprisonment for a term of between six months and 10 years.
(…)

Section 232a Forced prostitution

(1) Whoever, by taking advantage of another person's personal or financial predicament or helplessness on account of being in a foreign country, causes that person or causes another person under 21 years of age
1. to engage in or continue to engage in prostitution or
2. to perform sexual acts, by way of which they are exploited, on or in the presence of the offender or a third person, or to allow sexual acts to be performed on them by the offender or a third person incurs a penalty of imprisonment for a term of between six months and 10 years.
(2) The attempt is punishable.
(…)

ND_VERORDNUNGEN/GUV/N/NARCOTIC_DRUGS_18_12_2009.PDF

/?LANG=EN#THE-LEGAL-DEFINITION-OF-DRIVING-WITHOUT-A-DRIVING-LICENCE